

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Wirtschaft
im Winter 2022

Abgeschlossen am 14. Dezember 2022

© Birgit Wolfrath – IfW Kiel

Nr. 98 (2022 | Q4)

*Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen,
Stefan Kooths, Nils Sonnenberg und Vincent Stamer*

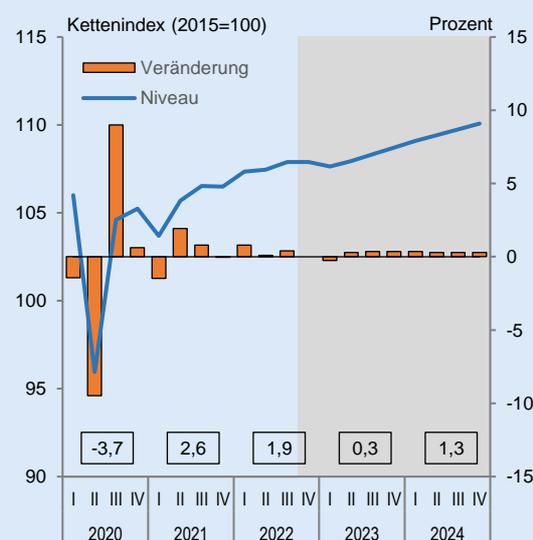
IM KRIECHGANG DURCH DIE ENERGIEKRISE

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Nils Sonnenberg und Vincent Stamer

Der deutschen Wirtschaft steht ein schwaches Winterhalbjahr bevor. Die hohen Energiepreise belasten die Kaufkraft der privaten Haushalte und dämpfen den privaten Konsum. Das weltwirtschaftliche Umfeld ist schwach und liefert keine positiven Impulse für die Konjunktur. Seit dem Herbst haben sich die konjunkturellen Aussichten jedoch aufgehellt. Die Großhandelspreise für Gas und Strom sind in den vergangenen Monaten deutlich gesunken - auch wenn sie sich nach wie vor auf hohem Niveau befinden. Zudem sollen die Belastungen der privaten Haushalte und Unternehmen durch die hohen Energiekosten durch sogenannte Preisbremsen abgefedert werden. Insgesamt wird die Inflation im kommenden Jahr mit 5,4 Prozent deutlich niedriger sein, als wir in unserer Herbst-Prognose erwartet hatten (8,7 Prozent). Zwar werden die real verfügbaren Einkommen und in der Folge auch der private Konsum im kommenden Jahr wohl zurückgehen, allerdings wird das Minus deutlich geringer ausfallen als sich noch vor einigen Monaten abgezeichnet hatte. Im Ergebnis rechnen wir für 2023 nun mit einem leichten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 0,3 Prozent (Herbst: -0,7 Prozent). Im Jahr 2024 dürfte das Bruttoinlandsprodukt mit 1,3 Prozent wieder etwas stärker zulegen (Herbst: 1,7 Prozent). Der Arbeitsmarkt zeigt sich trotz der wirtschaftlichen Abkühlung robust, auch weil die Unternehmen nach wie vor händeringend nach Fachkräften suchen. Der Finanzierungssaldo des Staates dürfte sich im kommenden Jahr aufgrund der Hilfspakete in Reaktion auf die Energiepreisanstiege deutlich verschlechtern und ein Defizit von rund 4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aufweisen. Mit dem Auslaufen der Hilfspakete wird sich das Defizit im Jahr 2024 wieder reduzieren.

Die Aussichten für die Konjunktur haben sich – bei hoher Unsicherheit – etwas aufgehellt. Zwar dürfte die Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr leicht rückläufig sein, insgesamt zeichnet sich aber für das kommende Jahr gegenüber dem Bild in unserer Herbstprognose eine etwas festere Entwicklung ab (Abbildung 1). Maßgeblich ist eine weniger belastete Konsumkonjunktur infolge vergleichsweise weniger stark steigender Energiepreise. Neben rückläufigen Notierungen an den Großhandelsmärkten schlägt hierbei vor allem die massive Subventionierung des Gas- und Stromverbrauchs zu Buche. Dies wirkt dem sonst zu erwartenden weitaus stärkeren Einbruch der real verfügbaren Einkommen im kommenden Jahr entgegen. Gleichwohl schmälert der Preisauftrieb insgesamt weiterhin deutlich die Kaufkraft der Konsumenten. Nach drei Jahren rückläufiger Realeinkommen dürften diese erst im Jahr

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Kasten 1: Zum Umgang mit den Preisbremsen in den VGR und Verbraucherpreisen

2024 wieder merklich zunehmen. Die nichtenergieintensive Industrieproduktion dürfte noch bis weit ins kommende Jahr von hohen Auftragspolstern und nachlassenden Lieferkettenproblemen gestützt werden. Alles in allem revidieren wir die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für die Jahre 2022 und 2023 um 0,5 bzw. 1,0 Prozentpunkte auf nunmehr 1,9 Prozent (2022) und 0,3 Prozent (2023). Gleichwohl belastet die Energiekrise die deutsche Wirtschaft weiterhin schwer. Gemessen an unserer Winterprognose aus dem Vorjahr, die den sonst möglichen Konjunkturverlauf abbildet, reduziert sich die Wirtschaftsleistung allein in den Jahren 2022 und 2023 um 180 Mrd. Euro und liegt am Ende dieses Zeitraums immer noch 4 Prozent unter dem Referenzszenario. Für das Jahr 2024 rechnen wir mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,3 Prozent und damit einer insgesamt verhaltenen Dynamik, dem auch ein niedrigerer Potenzialpfad zugrunde liegt. Dieser wird auch durch die energieseitigen Belastungsfaktoren geschmälert (Boysen-Hogrefe et al. 2022).

Geringere Inflationsraten werden mit hohen Staatsdefiziten erkaufte. Die sogenannten Strom- und Gaspreisbremsen bedeuten einen massiven Anstieg der Gütersubventionen. Die damit verbundenen Mehrausgaben belasten die öffentlichen Haushalte im kommenden Jahr mit 87 Mrd. Euro und im übernächsten Jahr mit 17 Mrd. Euro. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen über den „Wirtschaftlichen Abwehr-

schirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges“, mit dem sich der Bund unter Rückgriff auf die noch gültige Ausnahmeklausel der Schuldenbremse zusätzliche Kreditermächtigungen von bis zu 200 Mrd. Euro für die kommenden Jahre eingeräumt hat. Zwar sind die Preisbremsen als verbrauchsunabhängige Zahlungen ausgestaltet, in der amtlichen Statistik werden sie jedoch preisdämpfend verbucht. Für sich genommen drücken die Subventionen für Gas- und Stromkunden die Inflationsrate im kommenden Jahr um 2,4 Prozentpunkte, der Wegfall ab April 2024 macht sich dann im selben Jahr um 1,1 Prozentpunkte inflationssteigernd geltend (Kasten 1). Insgesamt erwarten wir Teuerungsraten von 8,0 Prozent (2022), 5,4 Prozent (2023) und 2,2 Prozent (2024) (Tabelle 1). Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit schwillt in der Folge auf 160 Mrd. Euro (2023) und 90 Mrd. Euro (2024) an (4 Prozent bzw. 2,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt), nach 55 Mrd. Euro im laufenden Jahr. Die Finanzpolitik schlägt damit einen stark expansiven Kurs ein. Sie stellt dem Privatsektor über die Gas- und Strompreisbremsen erhebliche zusätzliche Mittel zur Verfügung. Diese dürften daher an anderer Stelle – insbesondere in gut ausgelasteten Bereichen – preistreibend wirken. Damit steigen zwar die ausgewiesenen Verbraucherpreise insgesamt weniger stark, der heimische Preisauftrieb nimmt jedoch tendenziell zu.

Tabelle 1:
Eckdatentabelle zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,6	1,9	0,3	1,3
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	3,1	4,7	3,4	3,7
Verbraucherpreise	3,1	8,0	5,4	2,2
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,9	0,2	0,2	1,3
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	44.980	45.535	45.635	45.543
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	5,3	5,5	5,4
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-1,7	-4,0	-2,2
Schuldenstand	68,7	67,1	68,8	67,7
Leistungsbilanz	7,4	3,5	2,5	3,3

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Kasten 1:**Zum Umgang mit den Preisbremsen in den VGR und Verbraucherpreisen**

Die Preisbremsen für Gas und Strom sollen private Haushalte und Unternehmen von den hohen Energiekosten entlasten. Die Preisbremsen beeinflussen die Preise für Gas und Strom nicht unmittelbar, sondern die privaten Haushalte und Unternehmen erhalten Zahlungen, die anhand ihres bisherigen Verbrauchs und dem Abstand zwischen den Referenzpreisen und den tatsächlichen Preisen berechnet werden. Private Haushalte und kleinere Unternehmen erhalten auf 80 Prozent ihres historischen Verbrauchs – in der Regel gemessen am Vorjahresverbrauch – die Differenz zwischen dem jeweils laufenden Preis und 12 Cent je Kilowattstunde für Gas sowie 40 Cent je Kilowattstunde für Strom. Für Fernwärme gilt ein Preis von 9,5 Cent als Berechnungsgrundlage. Größere Unternehmen erhalten auf 70 Prozent ihres historischen Verbrauchs die Differenz zwischen dem jeweils laufenden Preis und 7 Cent für Gas und 13 Cent für Strom.

Auch wenn die Preisbremsen die Gas- und Strompreise nicht unmittelbar beeinflussen, gehen wir für unsere Prognose davon aus, dass die geleisteten Zahlungen in den Deflator des privaten Konsums und in den Verbraucherpreisindex einfließen werden, da sie die zu zahlenden Rechnungsbeträge an die Energieversorger der privaten Haushalte und der Unternehmen beeinflussen. Die mit den Preisbremsen verbundenen Zahlungen verbuchen wir als Gütersubventionen. Entsprechend werden die Gas- und Strompreisbremsen vollständig und periodengerecht beim Deflator der privaten Konsumausgaben berücksichtigt. Die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte steigen dadurch für sich genommen aufgrund des geringeren Anstiegs des Deflators der privaten Konsumausgaben. Für den Verbraucherpreisindex rechnen wir damit, dass nur die Zahlungen berücksichtigt werden, die ab der Gültigkeit der Preisbremsen tatsächlich in dem jeweiligen Monat an die privaten Haushalte geleistet werden. Da die Gaspreisbremse erst ab dem 1. März gilt, berücksichtigen wir die rückwirkenden Zahlungen für den Januar und Februar nicht in unserer Prognose für den Verbraucherpreisindex. Die Dezemberzahlung berücksichtigen wir nur zu etwa einem Drittel, da sie voraussichtlich nur einen Teil der Haushalte im Dezember erreichen wird. Da wir davon ausgehen, dass die Gas- und Strompreise im gesamten Prognosezeitraum oberhalb der Referenzpreise liegen werden, senken die Preisbremsen für sich genommen den Deflator des privaten Konsums und die Verbraucherpreise. Für die Prognose haben wir unterstellt, dass die Preisbremsen wie geplant zum April 2024 auslaufen. Danach erhöhen sich die Preise für Gas und Strom in unserer Prognose entsprechend wieder.

Da die Zahlungen unabhängig vom tatsächlichen Verbrauch der privaten Haushalte und der Unternehmen erfolgen, sinken durch einen niedrigeren Verbrauch die effektiv gezahlten Preise und umgekehrt. Für die Abschätzung der geleisteten Zahlungen im Rahmen der Preisbremsen haben wir den Jahresverbrauch aus dem Jahr 2021 zugrunde gelegt. Mittlerweile ist der Verbrauch von Gas deutlich zurückgefahren worden. Im laufenden Jahr ist der Verbrauch bei den privaten Haushalten und den Unternehmen um etwa 20 Prozent niedriger als in 2021 (Bundesnetzagentur 2022). Bereinigt um Witterungseinflüsse betragen die Einsparungen zuletzt auch etwa 20 Prozent (Open Energy Tracker 2022). Für die Prognose gehen wir davon aus, dass durchgehend 20 Prozent weniger Gas verbraucht wird als im Jahr 2021. Das führt dazu, dass der effektiv gezahlte Gaspreis für die Dauer der Gaspreisbremse für die privaten Haushalte bei 12 Cent liegen wird. Sofern die Einsparungen gegenüber dem Jahr 2021 größer als 20 Prozent ausfallen, würde der effektive Gaspreis auf unter 12 Cent sinken. Beim Stromverbrauch zeichnen sich dagegen noch keine größeren Tendenzen ab. Zuletzt ist der Stromverbrauch offenbar etwas gesunken (BDEW, Destatis 2022). Dazu dürften die Produktionsrückgänge bei den energieintensiven Unternehmen überproportional beigetragen haben. Vor diesem Hintergrund haben wir für unsere Prognose keine größeren Einsparungen der privaten Haushalte bei Strom unterstellt.

Der Anstieg der Gütersubventionen durch die Preisbremsen verringert den Abstand zwischen nominaler Bruttowertschöpfung und nominalem Bruttoinlandsprodukt. Wir rechnen für das Jahr 2023 mit einem Anstieg der Gütersubventionen um fast 90 Mrd. Euro bzw. mehr als 2 Prozent der nominalen Bruttowertschöpfung. Wenn die Preisbremsen im Mai 2024 wegfallen, werden sich die Gütersubventionen entsprechend wieder deutlich sinken, aber voraussichtlich noch 17 Mrd. Euro über dem Niveau des Jahres 2022 liegen.

Monetäre Rahmenbedingungen

Steiler Zinsanstieg sorgt für restriktivere monetären Rahmenbedingungen. Die Europäische Zentralbank hat den Leitzins in drei Schritten seit Juli von 0 Prozent auf nunmehr 2 Prozent angehoben. Zum Ende des Jahres erwarten wir einen weiteren Zinsschritt von 0,5 Prozentpunkten, da die Inflation auf einem historisch hohen Niveau liegt und der zugrundeliegende Inflationsprozess weiter dynamisch anzieht. Für das kommende Jahr rechnen wir bis Mitte des Jahres mit vier Zinsschritten, jedoch dürften diese mit jeweils 0,25 Prozentpunkten kleiner ausfallen. Der Leitzins wird somit Mitte des Jahres 2023 bei 3,5 Prozent liegen und dürfte auf diesem Niveau verharren, da die Inflationsraten sich dann allmählich verringern werden.

Ein Teil der Überschussliquidität wird in einem Stufenprozess zurückgeführt. Nachdem die EZB die gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte im Oktober für die Banken verteuert hatte, haben diese die ersten zwei Termine zur freiwilligen Rückzahlung genutzt. In einem ersten Schritt zahlten die Banken im November 296 Mrd. Euro zurück. Am 21. Dezember werden zusätzlich 447 Mrd. Euro getilgt. Bis zum Ende des Jahres werden weitere 52 Mrd. Euro fällig. Im Oktober lag der Bestand der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte noch bei 2116 Mrd. Euro. Bis zum Ende des Jahres wird er nun um 795 Mrd. auf 1321 Mrd. Euro zurückgeführt. Im Laufe des Jahres 2023 laufen vier weitere Tender mit einem ausstehenden Volumen von insgesamt 811 Mrd. Euro aus. 2024 werden weitere 506 Mrd. Euro fällig. Die Bilanzgröße und die Überschussliquidität wird sich somit zu den vorgesehenen Rückzahlungsterminen und den zusätzlich eingeräumten Terminen zur vorzeitigen Rückzahlung zurückbilden.

Der Prozess zum Abbau der Anleihebestände wird derzeit diskutiert, aber die Signale sind noch nicht eindeutig. Derzeit liegt der Bestand des Anleiheportfolios bei 4946 Mrd. Euro. Wahrscheinlich dürften zunächst die Reinvestitionen im Rahmen des

regulären Ankaufprogrammes (APP), die nach dem Kapitalschlüssel erfolgen, reduziert werden. Danach könnten sie vollständig eingestellt werden. Im Jahr 2023 werden in diesem Programm rund 262 Mrd. Euro an Staatsanleihen fällig. Zumindest ein Teil davon wird wohl über die privaten Anleihemärkte refinanziert werden müssen, sofern die APP-Reinvestitionen im zweiten Halbjahr 2023 – so wie von uns erwartet – allmählich verringert werden. Wir erwarten aber keine Einstellung der Reinvestitionen im Rahmen des pandemischen Ankaufprogrammes (PEPP) bis zum Ende des Prognosezeitraums. Denn die PEPP-Reinvestitionen werden als erste Verteidigungslinie für eine Kontrolle der Risikoaufschläge auf Staatsanleihen angesehen und können flexibel ausgestaltet werden.¹ Die EZB hat diesen Spielraum seit Juni auch bereits genutzt und einen überproportionalen Anteil in italienische und spanische Anleihen reinvestiert, während der Bestand an deutschen und niederländischen Anleihen sank. Zuletzt war diese Diskrepanz aber leicht rückläufig und im Oktober und November wurde ein größerer Anteil in deutsche und niederländische Anleihen reinvestiert.

In den Finanzierungsbedingungen zeigen sich bereits die weiteren erwarteten Leitzinsschritte. Nachdem zu Jahresanfang die geldpolitische Straffung absehbar wurde, sind die Kapitalmarktzinsen steil gestiegen. Die Rendite für 10-jährige Staatsanleihen liegt seit Anfang Dezember bei rund 1,8 Prozent. Sie war seit Anfang des Jahres von -0,1 Prozent auf 2,2 Prozent im Oktober gestiegen, doch hatte sich im November auf 2,1 Prozent zurückbewegt. In ähnlicher Weise haben sich die Renditen von inländischen Unternehmensanleihen entwickelt. Sie lagen Anfang Dezember bei rund 3,9 Prozent gegenüber 1,2 Prozent zum Jahresanfang. Im Oktober hatten sie schon einen Wert von 4,9 Prozent erreicht und sind seitdem ebenfalls leicht rückläufig. Der Aufschlag gegenüber Bundesanleihen mit einer vergleichbaren Laufzeit liegt im November bei 2,2 Prozentpunkten und hat sich somit seit Jahresanfang fast verdoppelt. Eine Verteuerung der Finanzierungsbedingungen zeigt sich auch bei

¹ Zur weiteren Stabilisierung der Risikoprämien auf Staatsanleihen hatte die EZB im Juli das Transmissionschutzinstrument (TPI) eingeführt, welches als

zweite Verteidigungslinie gegen einen übermäßigen Anstieg der Risikoprämien angesehen wird.

Kredit an den Privatsektor. Die Zinsen für Wohnungsbaukredite beliefen sich im Oktober auf 3,2 Prozent und stiegen somit um rund 1,9 Prozentpunkte seit Jahresbeginn.² Dies trifft auch auf Unternehmenskredite mit einem Volumen über 1 Mill. Euro zu, die im Juni bei einem Zins von 3,8 Prozent lagen, rund 2,3 Prozentpunkte mehr als zu Jahresbeginn. Vor dem Hintergrund einer fortschreitenden geldpolitischen Normalisierung dürfte der Zins auf 10-jährige Bundesanleihen bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 2,8 Prozent steigen.

Der Bestand von Krediten an Unternehmen expandiert in hohem Tempo, während bei den Wohnungsbaukrediten das Tempo sinkt. Im Oktober legte vor allem der Bestand an Unternehmenskrediten mit rund 12,1 Prozent zum Vorjahr kräftig zu. Die Expansion hatte sich schon zu Jahresanfang auf 5 Prozent beschleunigt. Im zweiten und dritten Quartal wurden sogar Vorjahresraten von 7 Prozent bzw. 11 Prozent erreicht. Die Raten liegen mittlerweile deutlich über den Raten von vor der Finanzkrise, als sich die Wirtschaft in der Hochkonjunktur befand und die Kreditdynamik besonders hoch war. Laut der Deutschen Bundesbank (2022a) werden derzeit viele kurzfristige Kredite zur Finanzierung von Betriebsmitteln und Vorleistungen nachgefragt, die sich stark verteuert haben. Längerfristige Kredite zur Finanzierung von Investitionen spielen derzeit keine große Rolle. Zuletzt spielten wohl großvolumige Kredite der KfW eine Rolle, welche Unternehmen aus dem Energiesektor gewährt wurden. Ebenfalls wird die Kreditnachfrage von großen Unternehmen getrieben, welche ihre Kapitalmarktfinanzierungen durch Kredite ersetzen. Das Expansionstempo beim Bestand an Wohnungsbaukrediten hatte sich von Mitte 2021 bis Mai 2022 bei Vorjahresraten von rund 7 Prozent eingependelt. Im Oktober hat sich die Rate nun auf 6 Prozent abgeschwächt. Das Expansionstempo ist schon seit Juni rückläufig. Die zuletzt stark gestiegenen Baukosten deuten

auf eine höhere reale Abschwächung hin. Das Volumen der übrigen Konsumentenkredite stieg im Oktober um 1,4 Prozent an, und es ist seit Anfang des Jahres ein steigendes Expansions-tempo zu beobachten.

Der Finanzzyklus dreht sich und könnte die Finanzstabilität gefährden. Die Immobilienpreise deuten seit Mitte des Jahres auf einen Abwärtstrend hin.³ Das veränderte Finanzierungsumfeld hat sich zunächst in sinkenden Transaktionen am Immobilienmarkt niedergeschlagen. Das Neugeschäftsvolumen von Wohnungsbaukrediten an private Haushalte ist im Oktober schon um rund 34 Prozent zum Vorjahr eingebrochen, wobei vor allem Neukredite mit langer Zinsbindung stark zurückgegangen sind. In nächster Zeit dürften sich wohl vermehrt Anpassungen bei den Preisen zeigen. Die Immobilienpreise sind seit dem Jahr 2010 in einem Umfeld besonders günstiger Finanzierungsbedingungen kontinuierlich gestiegen. Im Vergleich zu anderen Ländern ist der Verschuldungsgrad der privaten Haushalte in Deutschland mit rund 56 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aber relativ gering. In der Finanzkrise 2008 lag die Verschuldung der amerikanischen und spanischen Haushalte z.B. bei rund 100 bzw. 85 Prozent. Risiken für die Finanzstabilität offenbaren sich typischerweise, wenn der Finanzzyklus umschwenkt.⁴ Sofern sich dadurch schwere Verwerfungen an den Finanz- und Immobilienmärkten ergeben, ist dies zusätzlich oft mit langanhaltenden wirtschaftlichen Schwächephasen verbunden.⁵

Außenhandel

Im dritten Quartal haben sich die Exporte trotz fallender Stimmungsindikatoren robust gezeigt. Während die Exporte nach Russland nach massiven Verlusten im ersten Halbjahr weiter gefallen sind, konnten insbesondere die Warenausfuhren in den Euroraum zulegen. Umfragen zufolge haben Lieferengpässe nachgelassen, so dass die Unternehmen auch

² Tägliche Daten des Zinsportals [Interhyp \(2022\)](#) deuten auf eine allmähliche Beruhigung der Zinsen auf einem Niveau von 3,5 bis 4 Prozent für die Monate November und Dezember hin.

³ Monatliche Daten zu Immobilienpreisen werden von [Europace \(2022\)](#) erfasst. Der letzte Wert liegt für den Monat Oktober vor.

⁴ Borio (2014), Drehmann et al. (2012).

⁵ Boysen-Hogrefe et al. (2016), Jorda et al. (2013).

wieder mehr Aufträge aus dem Ausland abarbeiten konnten. So konnte der Maschinenbau ohne Kraftwagen und -teile seine Ausfuhren kräftig ausweiten. Allerdings stören weiterhin Materialknappheiten bei mehr als drei Viertel der Unternehmen in dem für Deutschland wichtigen Maschinenbau und in der Automobilindustrie die Produktion. Aufgrund der Lockerungen von COVID-19 Maßnahmen konnten die Dienstleistungsexporte ebenfalls einen Zuwachs verbuchen.

Einmaleffekte haben den Warenhandel im dritten Quartal überzeichnet. Im dritten Quartal schlugen Einmaleffekte zu Buche, die sich aus der hohen Niveau der Lohnveredelung im zweiten Quartal ergeben. Da bei der Lohnveredelung Waren zwar die Grenze überqueren, die Eigentumsverhältnisse sich aber nicht ändern, werden lohnveredelte Güter von Handelsflüssen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) abgezogen. Im zweiten Quartal kam es zu außergewöhnlich hohen Abzügen durch Ausfuhren nach Lohnveredelung und Einfuhren zur Lohnveredelung.⁶ Eine Rückkehr zu den langfristigen Mittelwerten der Lohnveredelungsflüsse führte im Quartalsvergleich dazu, dass der Zuwachs der Exporte und insbesondere der Importe in den VGR im dritten Quartal von der Entwicklung des Spezialhandels deutlich abwich. Der Effekt beläuft sich auf etwa 1,0 Prozentpunkt bei den Exportzuwächsen und auf etwa 2,5 Prozentpunkten bei den Importzuwächsen. Dieser Umstand hat zu den ungewöhnlich großen Prognosefehlern für das vergangene Quartal wesentlich beigetragen, da den monatlichen Außenhandelszahlen in Abgrenzung des Spezialhandels bei der Prognose für üblicherweise ein hohes Gewicht zukommt. Da sich die Abzüge aufgrund von Lohnveredelungen im Oktober durchschnittlich entwickelten, gehen wir nicht von einer Wiederholung dieses Effekts aus.

Im laufenden Quartal gewinnen dämpfende Einflüsse die Überhand für die Exportdynamik. Bereits im Oktober waren die Warenexportvolumen und -preise ausweislich des Spezialhandels rückläufig. Die Unternehmenszuversicht hat sich in den vergangenen Monaten

in Deutschland, aber auch in vielen Partnerländern eingetrübt, so dass diese „weichen“ Indikatoren eine Abschwächung der Warenausfuhren nahelegen. Dem gegenüber steht in den kommenden Quartalen ein nach wie vor hoher Auftragsbestand aus dem Ausland. Dieses Polster an Aufträgen federt die dämpfenden Effekte der vorübergehend schwachen Konjunktur in China, den Vereinigten Staaten und skandinavischen Ländern ab (Gern et al. 2022). Insgesamt rechnen wir mit einem Zuwachs der Exporte im laufenden Jahr um 2,8 Prozent gefolgt von 2,0 Prozent im kommenden Jahr.

Die nominalen Warenimporte sinken trotz erhöhter Preise im laufenden Quartal. Die Warenimporte zeigten sich ebenso wie die Exporte im dritten Quartal stabil. Insbesondere reduzierte Deutschland aufgrund der europäischen Sanktionen sowie freiwilliger Maßnahmen weiter deutlich die Importe aus Russland. Die Importe aus europäischen Ländern sowie den Vereinigten Staaten konnten hingegen erhöht werden. Die Konsumgüterimporte verzeichneten trotz Inflation einen besonders starken Zuwachs. Dem gegenüber steht eine Abnahme der Importe von chemischen Erzeugnissen, die wichtige Zulieferungen für die deutsche Produktion darstellen. Sie wurden in den ersten beiden Quartalen des Jahres kräftig ausgeweitet und lagen im dritten Quartal trotz des Rückgangs noch auf recht hohem Niveau. Im laufenden Quartal dürften die Importe zurückgehen. Zwar sind die Frachtraten im globalen Schiffsverkehr deutlich gefallen und Schiffsstaus lösen sich rasch auf. Beides erleichtert deutschen Importeuren vor allem die Wareneinfuhr aus Ländern jenseits der Europäischen Union. Monatliche Daten für den Spezialhandel legen jedoch nahe, dass die nominalen Warenimporte sowohl im letzten Monat des Vorquartals, als auch im ersten Monat des laufenden Quartals gefallen sind. Preisbereinigt sind diese Rückgänge noch ausgeprägter. Containerschiffbewegungen, die im Rahmen des Kiel Trade Indicators (2022) ausgewertet werden, zeigen auch für November und Dezember in der Tendenz einen abnehmenden Verlauf an. Insgesamt rechnen wir mit einem deutlichen Rückgang der Importe im Schlussquartal. Im weiteren Verlauf dürften

⁶ Siehe Deutsche Bundesbank (2022b): Spalten 14 und 18 in Tabelle 2a.

die Importe mit der allmählich wieder anziehenden Konjunktur zulegen, ohne dabei eine große Dynamik zu entfalten. Im Jahr 2023 dürften die Importe um 1,8 Prozent und im Jahr 2024 um 4 Prozent zulegen, nach einem Anstieg von knapp 6 Prozent im laufenden Jahr.

Die Dynamik der Außenhandelspreise hat den Zenit erreicht. In den vergangenen Quartalen haben die Rohstoff- und Energiepreise die Importe deutlich verteuert. Im dritten Quartal zogen die Einfuhrpreise erneut merklich an. Zwar dürften sie auch im vierten Quartal steigen, jedoch hat sich das Expansionstempo ausweislich der monatlich vorliegenden Warenpreise deutlich verlangsamt. Die zuletzt stagnierenden Preise für Vorleistungsgüter könnten Vorboten einer langsameren Preisdynamik darstellen. Da der Anteil von Erdgas an den Importen kräftig gestiegen ist - im dritten Quartal lag er bereits bei 6,3 Prozent -, wiegen weitere Preiserhöhungen bei Erdgas besonders schwer. Die Gaspreise schlagen vor allem bei den Importen zu Buche, so dass die Importpreise im laufenden und in den kommenden Quartalen stärker anziehen dürften als die Exportpreise. Die Preisbremsen dürften – sofern sie von den Unternehmen weitergegeben werden – dämpfend auf die Exportpreise wirken. Aus diesem Grund verschlechtern sich im laufenden Quartal die Terms of Trade zum zehnten Mal infolge. Dieser Trend kehrt sich erst im Laufe des kommenden Jahres um, wenn die Rohstoff- und Energiepreise wieder in der Tendenz fallen.

Heimische Absorption

Der private Konsum ist im dritten Quartal trotz der hohen Inflation recht kräftig gestiegen. Insgesamt legte er ähnlich wie in den beiden Vorquartalen um 1 Prozent zu und hat damit sein Vorkrisenniveau in etwa wieder erreicht. Auch das real verfügbare Einkommen und die Sparquote lagen im dritten Quartal in etwa wieder auf ihren Vorkrisenniveaus, was dafür spricht, dass sich das Konsumverhalten der privaten Haushalte nach den großen Ausschlägen während der Pandemie im Großen und Ganzen wieder normalisiert hat. Zu dem Anstieg des privaten Konsums im dritten Quartal beigetragen haben Nachholeffekte bei den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistun-

gen, die während der Pandemie eingebrochen waren, zuletzt aber deutlich oberhalb ihrer Vorkrisenniveaus lagen. Zudem nahmen die Ausgaben im Bereich Verkehr spürbar zu. So zog der Handel mit Kraftwagen im dritten Quartal merklich an, nachdem Pkws aufgrund der Lieferengpässe lange Zeit nur eingeschränkt verfügbar gewesen waren. Zudem haben der Tankrabbatt und das 9-Euro-Ticket den Konsum vorübergehend belebt. Die Tankstellenumsätze legten merklich zu, vor allem weil es im August mit dem Auslaufen des Tankrabatts offenbar zu Vorzieheffekten gekommen war. Zudem sprechen die an Bahnhöfen, Bushaltestellen oder U-Bahn-Stationen gemessenen Mobilitätsdaten dafür, dass das 9-Euro-Ticket zu einem deutlich erhöhten Konsum von Verkehrsdienstleistungen geführt hat.

Die nominal verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte legen recht kräftig zu. Im kommenden Jahr werden sie allerdings wohl bei Weitem nicht das außergewöhnlich hohe Expansionstempo des laufenden Jahres von rund 6 Prozent, das vor allem der Erholung von der Pandemie geschuldet ist, halten können. Maßgeblich ist, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in 2023 angesichts der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wohl zurückgehen werden, während sie im laufenden Jahr angesichts der Erholung von der Pandemie kräftig gestiegen sind. Die Bruttolöhne werden dagegen im gesamten Prognosezeitraum kräftig zulegen. Die monetären Sozialleistungen werden in den beiden kommenden Jahren sogar deutlich stärker ausgeweitet werden als im laufenden Jahr. Insgesamt dürften die nominal verfügbaren Einkommen im kommenden Jahr um rund 3 Prozent steigen und im Jahr 2024, wenn die Erholung wieder Tritt fasst und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in der Folge höher ausfallen werden, um mehr als 4 Prozent zulegen.

Der Deflator der privaten Konsumausgaben weicht ungewöhnlich stark vom Verbraucherpreisindex ab. In der Regel sind die Unterschiede zwischen den Zuwachsraten des Deflators und des Verbraucherpreisindex gering. Sie resultieren aus einer unterschiedlichen Gewichtung der einzelnen Ausgabenposten der privaten Haushalte. Neben konzeptionellen

Unterschieden spielt eine Rolle, dass sich die Gewichte für den Deflator an den laufenden Konsumausgaben orientieren, während der Verbraucherpreisindex auf Basis eines fixen Warenkorb (derzeit aus dem Jahr 2015) ermittelt wird. Da die privaten Haushalte den Konsum von Gütern, die sich relativ verteuert haben, in der Tendenz einschränken, legt der Verbraucherpreisindex für gewöhnlich etwas stärker zu als der Deflator der privaten Konsumausgaben – im Durchschnitt der Jahre von 1992 bis 2021 betrug diese Diskrepanz 0,26 Prozentpunkte. Zuletzt war sie jedoch ungewöhnlich groß. Maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Gas im Warenkorb des Verbraucherpreisindex 2,5 Prozent ausmacht, während der Ausgabenanteil am privaten Konsum im Jahr 2021 bei lediglich 1,2 Prozent gelegen hat, so dass die jüngsten massiven Preissteigerungen für Gas bei den Verbraucherpreisen deutlich stärker zu Buche schlugen. Diese Entwicklung wird sich bei zunächst weiter steigenden Gaspreisen fortsetzen. Akzentuiert wird der Unterschied dadurch, dass die entlastende Wirkung der Gaspreisbremse vollständig im Deflator berücksichtigt werden dürfte, während sich die geplanten rückwirkenden Entlastungen für Januar und Februar 2023 sowie Teile der Dezemberzahlung wohl nicht im Verbraucherpreisindex niederschlagen werden. Insgesamt gehen wir für das kommende Jahr davon aus, dass sich die Diskrepanz zwischen dem Anstieg des Verbraucherpreisindex und des Deflators nach 1,2 Prozentpunkten im laufenden Jahr in etwa halbiert. Für das kommende Jahr ergibt sich ein geringerer Abstand als in unserer Herbstprognose, da wir nun von einem deutlich geringeren Gaspreisanstieg ausgehen. Sofern die Gaspreise wie von uns erwartet im Verlauf des Prognosezeitraums zurückgehen, wird sich dieser Effekt umkehren, so dass der Deflator im Jahr 2024 stärker steigen wird als die Verbraucherpreise. Insgesamt rechnen wir für das kommende Jahr mit einem Anstieg des Deflators von 4,6 Prozent, so dass die real verfügbaren Einkommen um 1,5 Prozent sinken werden. In unserer Herbstprognose waren wir noch von einem Rückgang von rund 4 Prozent ausgegangen, vor allem weil wir deutlich stärkere Preisanstiege erwartet hatten. Für das Jahr 2024 rechnen wir bei einer Zuwachsrate des

Deflators um 2,5 Prozent mit einem Anstieg der real verfügbaren Einkommen von 1,7 Prozent.

Kaufkraftverluste lasten auf privatem Konsum. Für das Winterhalbjahr rechnen wir mit Rückgängen des privaten Konsums, da die real verfügbaren Einkommen angesichts der hohen Inflation sinken werden. Besonders deutlich dürfte der Rückgang im vierten Quartal ausfallen. Dafür sprechen die vorliegenden monatlichen Einzelhandelsumsätze sowie das Umfragen zufolge historisch schlechte Konsumklima. Zudem dürfte der Wegfall des 9-Euro-Tickets und des Tankrabatts belasten. Einem stärkeren Rückgang entgegenwirken wird wohl der sich fortsetzende Auftrieb im Kfz-Handel, bei dem sich die nachlassenden Lieferengpässe in der Automobilproduktion weiter bemerkbar machen. Um ihren Konsum zu stabilisieren, werden die privaten Haushalte voraussichtlich zusehends auf ihre während der Pandemie angehäuften zusätzlichen Ersparnisse zurückgreifen. Sie betragen rund 200 Mrd. Euro bzw. knapp 10 Prozent des jährlich verfügbaren Einkommens. Für die Prognose nehmen wir an, dass in den kommenden beiden Jahren rund 20 Prozent dieser zusätzlichen Ersparnisse für private Konsumausgaben aufgewendet werden und die Sparquote im kommenden Jahr 9,5 Prozent und im Jahr 2024 bei rund 10 Prozent liegen wird, nach 10,6 Prozent im laufenden Jahr. Da die Belastungen durch die Energiepreisanstiege wohl deutlich geringer ausfallen werden, gehen wir nun davon aus, dass die privaten Haushalte in geringerem Umfang auf ihre Extra-Ersparnisse zurückgreifen werden als wir im Herbst angenommen hatten (etwa 30 Prozent). Mit den im Verlauf des Prognosezeitraums anziehenden real verfügbaren Einkommen dürfte auch der private Konsum allmählich zulegen. Nach einem Anstieg von 4,4 Prozent im laufenden Jahr dürfte der private Konsum im Jahr 2023 um 0,5 Prozent zurückgehen. Für das Jahr 2024 rechnen wir mit einem Anstieg des privaten Konsums von 1,2 Prozent.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden trotz der schwachen Konjunktur steigen. Im Verlauf des Jahres haben die Ausrüstungsinvestitionen recht kräftig zugelegt, und im dritten Quartal sind sie sogar um 2,7 Prozent gestiegen. Maßgeblich war, dass sich infolge der Liefer-schwierigkeiten große Auftragsbestände

aufgetürmt haben, die mit den zuletzt nachlassenden Engpässen nun abgearbeitet werden können. Zuletzt lagen die Auftragsbestände aus dem Inland für Investitionsgüter noch um mehr als 40 Prozent oberhalb ihres Vorkrisenniveaus. Die Auftragseingänge aus dem Inland für Investitionsgüter sind zuletzt zwar massiv gesunken. Allerdings liegen sie bislang – ähnlich wie die Ausrüstungsinvestitionen – nur etwas unter ihrem Vorkrisenniveau. Insgesamt dürften die hohen Auftragspolster dazu führen, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum anders als in früheren konjunkturellen Schwächephasen selbst bei weiter vorübergehend rückläufigen Auftragseingängen steigen werden, sofern die Lieferengpässe – so wie von uns für diese Prognose unterstellt – sukzessive abnehmen. Für das vierte Quartale liefern die Frühindikatoren jedoch keine eindeutigen Signale. Während die Inlandsumsätze bei Investitionsgütern im Oktober auf einen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen hindeuten, spricht die Produktion von Investitionsgütern, die ebenfalls einen engen Gleichlauf mit den Ausrüstungsinvestitionen aufweist, für einen recht deutlichen Anstieg. Auch andere Indikatoren, wie die preisbereinigten Warenimporte, die im Oktober stark rückläufig waren, und die Kfz-Neuzulassungen, die zuletzt deutlich aufwärtsgerichtet waren, deuten in unterschiedliche Richtungen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Ausrüstungsinvestitionen im vierten Quartal leicht zurückgehen, bevor sie im weiteren Prognosezeitraum wieder anziehen. Für die beiden kommenden Jahre rechnen wir mit Anstiegen von 2,2 Prozent bzw. 4,9 Prozent, nach 2,9 Prozent im laufenden Jahr. Gestützt werden die Ausrüstungsinvestitionen von den öffentlichen Investitionen, die einen Anteil von rund 10 Prozent ausmachen, und in den beiden kommenden beiden Jahren voraussichtlich kräftig ausgeweitet werden.

Bauinvestitionen

Hohe Preise, Engpässe und verschlechterte Finanzierungsbedingungen schlagen eine Delle in die Bauaktivität. Nach einem durch einen milden Winter und abnehmende Materialengpässe geprägten Zuwachs von 3,1 Prozent im ersten Quartal 2022 sanken die Bauinvestitionen im zweiten und dritten Quartal um

3,2 Prozent bzw. 1,4 Prozent. Frühindikatoren, insbesondere die monatlich vorliegende Bauproduktion, weisen auf einen recht deutlichen Anstieg im vierten Quartal hin. Zu den großen Schwankungen im Quartalsverlauf trägt das Zusammenspiel von bislang noch guter Auftragslage, Materialengpässen und Witterungsbedingungen bei. Insgesamt haben sich die Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft im Verlauf des Jahres massiv verschlechtert. Die Baupreise legten kräftig zu. Der Deflator für Bauinvestitionen nahm im vierten Quartal um 2,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal zu, gegenüber dem Vorjahr sogar um 15,6 Prozent. Dazu beigetragen haben steigende Materialkosten. Während sich der Preisdruck für Holz etwas abgeschwächt hat, sind die Preise für Stahl, Beton und Ziegel weiter aufwärts gerichtet. Noch stärker als die Baupreise hat der Wertschöpfungsdeflator für Bauleistungen mit 5,4 Prozent gegenüber Vorquartal bzw. 23,3 Prozent gegenüber Vorjahr angezogen. Zudem haben sich zuletzt durch das erhöhte Zinsniveau die Finanzierungsbedingungen verschlechtert. Insgesamt haben die eingetrübten Rahmenbedingungen zu einem Einbruch der Auftragseingänge im Bauhauptbewerbe geführt. Allein im November sanken sie um 3,6 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Jahresbeginn sanken sie um 18,4 Prozent. Das ifo-Geschäftsklima in der Bauwirtschaft ist auf das niedrige Niveau von 2015 abgestürzt. Die Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monaten fielen auf ein Rekordtief seit 1991. Die Bauinvestitionen dürften den jüngsten Einbruch bei den Auftragseingängen jedoch wohl nicht vollständig nachzeichnen. Der Auftragsbestand ging zuletzt zwar zurück, befindet sich allerdings noch auf einem hohen Niveau. Zudem sanken laut ifo-Umfrage die Anzahl der Unternehmen, die über Materialengpässe klagen. Insgesamt ist die Bauwirtschaft trotz deutlicher Produktionsrückgänge immer noch gut ausgelastet und klagt weiterhin über einen Mangel an Arbeitskräften. Freiwerdende Kapazitäten im Neubaugeschäft könnten zudem ins Ausbaugeschäft verlagert werden, wenn angesichts der hohen Energiepreise auch im Bestand bauliche Maßnahmen für mehr Energieeffizienz verstärkt nachgefragt werden. Die sinkenden Realeinkommen werden diese Effekte jedoch begrenzen. Gestützt werden die Bauinvestitionen

durch den offenbar hohen Bedarf an Wohnraum, der sich nicht zuletzt durch die recht hohe Nettozuwanderung ergibt (Ammann und Müther 2022, Held und Waltersbacher 2015). Im Vergleich zu unserer Herbstprognose gehen wir von deutlich niedrigeren Bauinvestitionen aus, da die Auftragseingänge noch einmal deutlich zurückgegangen sind und mehr und mehr Bauunternehmen von Stornierungen berichten, so dass der recht hohe Auftragsbestand weniger stabilisierend wirkt.

Innerhalb der Bauinvestitionen verläuft die Entwicklung uneinheitlich. Durch die Verdopplung der langfristigen Wohnbauzinsen im Oktober im Vorjahresvergleich und das sinkende Realeinkommen der privaten Haushalte ist der Wohnbau am stärksten vom Abschwung betroffen. Das Neugeschäftsvolumen der Wohnungsbaukredite brach im Oktober um 34 Prozent gegenüber dem Vorjahr ein. Im Wirtschaftsbau dürfte die Abwärtsdynamik angesichts recht robuster Unternehmensgewinne geringer ausfallen. Angesichts der angespannteren Haushaltslage und hoher Baupreise dürfte sich auch öffentliche Bautätigkeit im Prognosezeitraum zur Schwäche tendieren. Hier rechnen wir jedoch nicht mit größeren Rückgängen. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen nach einem Minus von 1,2 Prozent im Jahr 2023 um 1,9 Prozent zurückgehen und im Jahr 2024 wieder leicht um 0,5 Prozent steigen.

Entstehung

Die Bruttowertschöpfung dürfte im Winterhalbjahr leicht zurückgehen. Die Frühindikatoren deuten im Vergleich zu unserer Herbstprognose insgesamt auf eine etwas günstigere Entwicklung in den kommenden beiden Quartalen hin. Gängige Prognosemodelle sprechen dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal in etwa stagnieren wird ([Hauber 2018](#)). Zwar schätzten die Unternehmen ihre Geschäftslage bis zum November schwächer ein als im dritten Quartal. Jedoch hat sich die Industrieproduktion im Oktober recht gut gehalten und die Lkw-Fahrleistung deutet auf einen weiteren Anstieg hin. Für das erste Quartal des kommenden Jahres signalisieren die Modelle sogar einen recht deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Insgesamt dürfte der private Konsum in den gängigen Prognosemodellen

nur ein recht geringes Gewicht zukommen, da er in früheren Zyklen kein wesentlicher Konjunkturtreiber war und es kaum zuverlässige Frühindikatoren für den Konsum gibt. Da sich der private Konsum aufgrund der hohen Inflation zunehmend abschwächen dürfte, gehen wir in unserer Prognose insbesondere für das erste Quartal 2023 von einer deutlich schwächeren Entwicklung aus als in den Modellprognosen. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für das vierte Quartal des laufenden Jahres mit einer Stagnation und für das erste Quartal 2023 mit einem leichten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts.

Das Verarbeitende Gewerbe zehrt von seinem hohen Auftragsbestand. Die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe sahen sich zuletzt heftigem Gegenwind ausgesetzt. Die Auftragseingänge sind seit Jahresbeginn aufgrund der sich weltweit abschwächenden Konjunktur um rund 10 Prozent gesunken. Zudem wurde die Produktion in den energieintensiven Branchen, die rund 20 Prozent der industriellen Bruttowertschöpfung ausmachen, aufgrund der hohen Energiepreise zuletzt um mehr als 10 Prozent eingeschränkt. Gleichwohl hat sich die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in diesem Jahr recht stabil gezeigt und ist im dritten Quartal sogar um fast 1 Prozent gestiegen. Maßgeblich ist, dass die Produktion bereits seit geraumer Zeit durch massive Lieferengpässe behindert worden ist, so dass die Unternehmen die Auftragseingänge nicht abarbeiten konnten und die Auftragsbestände massiv gestiegen sind ([Beckmann und Jannsen 2021](#)). Im September ist der Auftragsbestand zwar gesunken. Insgesamt lag er aber noch mehr als über 30 Prozent über seinem Vorkrisenniveau. Die Auftragsreichweite ist seit dem Beginn der Pandemie um 1,8 Monate angeschwollen. Dies entspricht rund 15 Prozent einer Jahresproduktion. Laut Umfragen wurde die Produktion zwar bis zuletzt in mehr als 60 Prozent der Unternehmen durch Lieferengpässe behindert. Allerdings ist der Anteil seit dem März in der Tendenz rückläufig. Auswertungen auf Basis von Schifffahrtspositionen deuten darauf hin, dass die Schiffsstaus aufgrund von Abfertigungsempässen an den Häfen in den vergangenen Monaten deutlich abgenommen haben ([Kiel Trade Indicator 2022](#)).

Angesichts der hohen Auftragsbestände dürften die nachlassenden Lieferengpässe zur Stabilisierung der Produktion beigetragen haben. Für den Prognosezeitraum gehen wir davon aus, dass die Lieferengpässe angesichts der sich weltweit abschwächenden Konjunktur weiter nachlassen werden und deshalb die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe - selbst bei vorübergehend weiter rückläufigen Auftragsgängen - anziehen wird. Alles in allem rechnen wir damit, dass die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in den beiden kommenden Jahren um jeweils rund 3 Prozent steigen wird.

Die konsumnahen Dienstleister entwickeln sich deutlich schwächer als die unternehmensnahen. Die aufgrund der hohen Inflation rückläufigen real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden die Bruttowertschöpfung in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen zunächst dämpfen. Im Verlauf des kommenden Jahres, wenn die real verfügbaren Einkommen allmählich wieder zulegen, dürfte in diesen Branchen auch die Aktivität wieder etwas anziehen. Die Bruttowertschöpfung in den unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen dürfte sich dagegen deutlich robuster entwickeln und allmählich wieder an die historisch beobachtbaren recht hohen Expansionsraten anknüpfen. Nach dem die Bruttowertschöpfung bei den öffentlichen Dienstleistern während der Pandemie lange Zeit gebremst worden ist, setzte zuletzt eine kräftige Aufwärtsbewegung ein. Da hierzu auch Nachholeffekte beigetragen haben dürften, rechnen wir zunächst mit einer moderaten Entwicklung.

Verbraucherpreise

Die Verbraucherpreisinflation bleibt zunächst auf hohem Niveau, dürfte jedoch im Laufe des Jahres 2023 abnehmen. In den vergangenen Monaten ist die Inflation kräftig gestiegen. Die Raten liegen seit September bei

⁷ Der langjährige Durchschnitt (2010-2021) für den Spotmarktpreis für Gas (TTF) und Strom (Phelix) liegt bei rund 20€/MWh bzw. 40€/MWh. Aktuell liegt der Spotmarktpreis im Dezember für Gas und Strom bei rund 140€/MWh bzw. 370€/MWh.

⁸ Im Vergleich zur Herbstprognose haben wir die Methodik zur Fortschreibung der Gas- und Strompreise auf Verbraucherebene modifiziert. Für die Kalkulation von Beschaffungspreisen benötigen wir neben

rund 10 Prozent und somit auf einem Rekordniveau seit Erfassung der Verbraucherpreisdaten im Jahre 1948. Auch im Jahr 2022 insgesamt wird die Inflation mit durchschnittlich 8 Prozent so hoch liegen wie nie zuvor. Der unterliegende Preisauftrieb hat sich weiter verstärkt. Die Kernrate zog im November weiter an und stieg im Vorjahresvergleich um 6,6 Prozent, nach 6,5 und 6,0 Prozent im Oktober und September.

Nach den Rekordständen im August und September waren die Börsenpreise für Strom und Gas rückläufig. In den vergangenen Monaten wurden die gestiegenen Beschaffungspreise für Gas und Strom nach und nach von den Energieversorgern auf die Konsumenten überwältigt. Dieser Prozess dürfte sich bis weit ins neue Jahr hinein fortsetzen. Neben den Börsenpreisen auf den Spotmärkten haben sich die Notierungen auf den Terminmärkten, die in die Prognose der Gas- und Stromtarife eingehen, im Oktober und November stark nach unten angepasst und deuten darauf hin, dass die Preise weit weniger stark steigen, als im August und September erwartet wurde ([Janssen und Sonnenberg 2022](#)). Dennoch liegen die Niveaus bei Gas und Strom noch rund sieben bzw. neun Mal über den vor 2021 üblichen Niveaus.⁷ Für unsere Prognose der zukünftigen Gas- und Strompreise legen wir den Median der gehandelten täglichen Terminkontrakte seit Anfang Oktober zugrunde ([Sonnenberg 2022](#)). Demzufolge würde die Energiekomponente ohne politische Interventionen bei den Strom- und Gaspreisen die Inflation im Jahr 2023 weiterhin stark antreiben und um rund 27 Prozent zulegen. Erst im Jahr 2024 würde die Energiekomponente um rund 8 Prozent nachgeben, da die Verbraucherpreise für Gas und Strom von hohen Niveaus leicht zurückgehen würden.⁸

Durch die beschlossenen Preisbremsen für Strom und Gas wird der Anstieg der Energiekomponente im Jahr 2023 begrenzt. Vor

einer Prognose der zukünftigen Spotmarktpreise auch die zukünftigen Terminmarktpreise. Bei der Fortschreibung der Terminmarktpreise orientieren wir uns nun stärker an den erwarteten Spotmarktpreisen. Im Ergebnis fallen die derzeit erwarteten sinkenden Spotmarktpreise stärker ins Gewicht, so dass sich nun im Vergleich zur bisherigen Methodik etwas größere Rückgänge bei den Gas- und Strompreisen auf der Verbraucherstufe für das Jahr 2024 ergeben.

allem ab dem zweiten Quartal 2023, wenn die Preisbremsen im Verbraucherpreisindex voraussichtlich ihre volle Wirkung entfalten, werden die Preise gedrückt, so dass die Energiekomponente im Jahr 2023 wohl nur um rund 9 Prozent steigen dürfte. In der Prognose werden die Preisbremsen für Strom und Gas wie folgt berücksichtigt: Es wird angenommen, dass die Dezemberzahlung als erster Teil der Gaspreisbremse im Dezember nur ein Drittel der Haushalte erreicht. Die Preisbremse von 12 Cent/kWh wird ab März 2023 berücksichtigt. Da die Haushalte ihren Verbrauch derzeit schon zu rund 20 Prozent gesenkt haben, rechnen wir mit einem effektiven Preis von 12 Cent/kWh von März 2023 bis April 2024. Die Strompreisbremse wird von Januar 2023 bis April 2024 berücksichtigt. Der für den Verbraucherindex relevante Preis ergibt sich aus dem gewichteten Mittel zwischen dem Basispreis von 40 Cent/kWh für 80 Prozent des Verbrauchs und 20 Prozent unserer Strompreisfortschreibung. Dabei wird unterstellt, dass der Stromverbrauch der privaten Haushalte in etwa unverändert bleiben wird. Dafür spricht, dass die Stromverbrauchseinsparungen zuletzt noch nicht so ausgeprägt waren wie die beim Gasverbrauch. Wenn die Preisbremsen und die Mehrwertsteuersenkung auf Erdgas, wie beabsichtigt, ab April 2024 auslaufen, werden die Energiepreise für Verbraucher wieder anziehen. Insgesamt dürfte die Energiekomponente deshalb im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr nur um rund 1 Prozent fallen.

Die Impulse auf die Inflation von Kraftstoffen und Heizöl gehen zurück. Die Preise für Kraftstoffe und Heizöl sind zuletzt ausgehend von ihren hohen Niveaus gefallen und liegen nur noch geringfügig über ihren Vorjahreswerten. Anders als bei Gas und Strom schlagen sich Ölpreisänderungen wesentlich rascher bei den Verbraucherpreisen nieder. Die Rohölnotierungen waren zuletzt rückläufig und werden wohl – so unsere Annahme – weiter etwas nachgeben.⁹ Im kommenden Jahr dürften die

⁹ Kraftstoffpreise für Benzin und Diesel reagieren zeitnah auf den Rohölpreis. Bei Heizölpreisen ist dies ebenfalls der Fall. Die Tanks für Heizöl sind aber relativ groß, sodass für einen längeren Zeitraum der Heizölpreis der Vergangenheit die Kosten für Hausbesitzer und Mieter bestimmt. In der Verbraucherpreisstatistik wird dieser Umstand durch die

Beiträge zur Inflation zunächst weiter sinken und ab der zweiten Jahreshälfte leicht negativ ausfallen.

Der Preisauftrieb ohne Energie (Kernrate) dürfte vorerst hoch bleiben. Dafür spricht der weiterhin hohe Preisdruck in den vorgelagerten Produktionsstufen, der sich in den weiter spürbar steigenden Erzeugerpreisen widerspiegelt. Der leichte Rückgang der Erzeugerpreise im Oktober geht hauptsächlich auf sinkende Börsenpreise für Strom und Gas zurück, während die anderen Komponenten weiter auf hohem Niveau expandierten. Die Nahrungsmittelpreise steigen auch weiterhin kräftig und tragen zur hohen Inflation bei. Dies dürfte nicht zuletzt mit den gestiegenen Energiepreisen zusammenhängen, die vor allem in den Bereichen Verarbeitung und Transport die Kosten erhöhen. Die gestiegenen Strom- und Gaspreise werden zusätzliche indirekte Effekte auf die Kernrate verursachen, wobei auch im Gewerbe und der Industrie die Preisbremsen diese Effekte begrenzen werden. Preisdämpfend dürfte der Rückgang der Liefer- und Materialengpässe auf der Angebotsseite wirken. Die Abkühlung der weltweiten Konjunktur hegt zudem den Preisdruck auf der Nachfrageseite ein. Aus heimischer Perspektive dürfte der starke Rückgang der real verfügbaren Einkommen durch die hohen Inflationsraten der letzten Monate zusätzlich die Konsumnachfrage empfindlich dämpfen und die Zahlungsbereitschaft der Haushalte für viele Güter verringern, wobei dieser Effekt durch die Strom- und Gaspreisbremsen abgemildert wird, da sie Kaufkraft bei den Haushalten schaffen. Wir rechnen nicht damit, dass die recht hohen Lohnsteigerungen zu größeren Zweitrundeneffekten bei den Preisen führen werden. Die Unternehmen haben ihre Preise während der Erholung von der Pandemie bereits kräftig erhöht, so dass sich die realen Lohnstückkosten auf einem relativ niedrigen Niveau befinden. Die Lohnerhöhungen tragen somit für sich genommen dazu bei, dass sich die realen Lohnstückkosten wieder ihrem langjährigem Durchschnitt

Komponente „Umlage für den Betrieb einer Ölzentralheizung“ berücksichtigt, welche die Heizölpreise über einen längeren Zeitraum glättet. Deswegen schlagen sich Änderungen bei den Heizölpreisen nur nach und nach bei den Verbraucherpreisen nieder.

annähern und dürften die Unternehmen deshalb nicht zu weiteren Preissteigerungen veranlassen, zumal sich ihr Preissetzungsspielraum durch die abflauende Konjunktur und die nachlassenden Lieferengpässe verringern wird.

Die Energiepreismotoren moderieren vorübergehend die Inflation. Nach dem Rekordniveau von 8 Prozent im laufenden Jahr dürfte die Inflation trotz der Strom- und Gaspreismotoren im Jahr 2023 mit 5,4 Prozent auf erhöhtem Niveau bleiben.¹⁰ Ohne die Berücksichtigung der Preismotoren würde die Inflation rein rechnerisch bei rund 7,8 Prozent liegen. Im Jahr 2024 rechnen wir mit einem weiteren kontinuierlichen Absinken der Inflationsraten, sodass die Inflationsrate im Jahresschnitt bei 2,2 Prozent liegen dürfte. Ohne die Preismotoren würde der Rückgang der Strom- und Gaspreise im Jahr 2024 stärker ausfallen und die Jahresinflation auf rund 1,1 Prozent sinken.

Arbeitsmarkt

Die Löhne und Gehälter werden so stark zunehmen wie zuletzt vor knapp 30 Jahren, bleiben aber hinter den Verbraucherpreisanstiegen zurück. Im Jahr 2022 dürften die Tarifverdienste (gemäß Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank) um voraussichtlich 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen sein. Damit legten sie zwar stärker zu als im Jahr 2021, als der Zuwachs mit 1,6 Prozent krisenbedingt gering ausfiel, allerdings weitaus schwächer als die Verbraucherpreise. Der jüngste Tarifabschluss in der gewichtigen Metall- und Elektroindustrie sieht eine Einmalzahlung von je 1500 Euro im Februar 2023 und Februar 2024, eine Erhöhung des „tariflichen Zusatzgelds“ (jährliche Sonderzahlung) von 400 auf 600 Euro sowie eine Anhebung der Tarifentgelte um 5,2 Prozent im Juni 2023 und 3,3 Prozent im Mai 2024 vor; die laut altem Tarifvertrag für Februar 2023 geplante Erhöhung des „Transformationsgelds“ (ebenfalls jährliche Sonderzahlung) wurde hingegen zurückgenommen. Auf Kalenderjahr gerechnet werden

für die Arbeitnehmer in der Metall- und Elektroindustrie die Tarifverdienste damit um schätzungsweise 7,2 Prozent (2023) bzw. 4,1 Prozent (2024) zulegen, nach durchschnittlich 0,5 Prozent in den Jahren 2020 bis 2022. Für die anstehenden Tarifverhandlungen in anderen Branchen gehen wir von Abschlussraten von rund 5 Prozent pro Jahr aus. Allerdings stehen in einer Reihe von Branchen die Tarifverdienste für das kommende Jahr bereits ganz oder größtenteils fest. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für das Jahr 2023 mit einem Anstieg der Tarifverdienste insgesamt von 4,5 Prozent; dies wäre der höchste Zuwachs seit dem Jahr 1995. Für das Jahr 2024 rechnen wir mit einem Anstieg um 4,7 Prozent. Die gesamtwirtschaftlichen Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) steigen voraussichtlich weiter schneller als die Tarifverdienste. Während im Jahr 2022 das deutlich geringere Ausmaß der Kurzarbeit im Vergleich zum Vorjahr maßgeblich war, spielt mit fortschreitender Zeit der höhere inländische Preisdruck und der dadurch steigende Verteilungsspielraum eine zunehmend wichtigere Rolle. Zudem befindet sich der Arbeitskräftemangel auf einem im langjährigen Vergleich außerordentlich hohen Niveau. Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro brutto je Stunde zum 1. Oktober 2022 dürfte die durchschnittlichen Pro-Kopf-Verdienste unter Berücksichtigung von Stellenverlusten und Arbeitszeitreduzierungen für sich genommen um 0,2 Prozent (2022) bzw. 0,6 Prozent (2023) erhöhen. Alles in allem rechnen wir mit Zuwächsen der Effektivverdienste je Arbeitnehmer um 4,9 Prozent (2023) bzw. 5,2 Prozent (2024), nach 4,3 Prozent im laufenden Jahr.

Die Erwerbstätigkeit überschreitet im Prognosezeitraum ihren Zenit. Nach anderthalb Jahren der Erholung von der Corona-Krise stieg die Zahl der Erwerbstätigen in den Sommermonaten dieses Jahres kaum noch; im Oktober wurde wieder ein nennenswerter Anstieg verzeichnet. Die konjunkturelle Kurzarbeit nahm im

¹⁰ Der derzeitige Verbraucherpreisindex basiert auf einem fixen Warenkorb mit dem Basisjahr 2015. Anfang 2023 soll der Verbraucherpreisindex auf ein neues Gewichtungsschema mit dem Basisjahr 2020 umgestellt werden. Rückwirkend soll das neue Basisjahr ab Januar 2020 gelten, so dass auch

vergangene Werte seit Januar 2020 neu berechnet werden. In unserer Prognose haben wir noch das Gewichtungsschema des Basisjahres 2015 berücksichtigt. Durch die Umstellung können sich Abweichungen ergeben.

September auf niedrigem Niveau leicht zu. Die registrierte Arbeitslosigkeit legte saisonbereinigt weiter leicht zu auf 2,54 Mill. Personen im November (Quote: 5,6 Prozent). Die Zahl der Arbeitslosen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit ist nach dem sprunghaften Anstieg im Sommer zuletzt leicht rückläufig gewesen, die sog. Unterbeschäftigung ist allerdings weiter gestiegen, was maßgeblich auf die gestiegene Teilnahme an Integrationskursen zurückzuführen ist. Das ifo Beschäftigungsbarometer und das IAB-Arbeitsmarktbarometer haben sich seit Mai ausgehend von hohen Niveaus deutlich eingetrübt, deuten für die kommenden Monate aber immer noch auf eine leicht steigende Beschäftigung hin. Im Laufe des kommenden Jahres dürfte die Erwerbstätigkeit dann ihren Zenit erreichen. Gedämpft wird die Arbeitsnachfrage der Unternehmen in erster Linie von den wirtschaftlichen Folgen der Energiekrise, aber auch die kräftige Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro dürfte negative Beschäftigungseffekte hervorrufen. Die sich seit Jahren verschärfende Arbeitskräfteknappheit dürfte allerdings dazu geführt haben, dass der Personalbestand in den Unternehmen gegenwärtig niedriger ist als geplant, so dass die Folgen einer verringerten Arbeitsnachfrage für die Beschäftigung moderat ausfallen dürften. Mit fortschreitender Zeit macht sich schließlich die Alterung der Bevölkerung immer deutlicher im Arbeitskräfteangebot bemerkbar. Hierdurch ist – unabhängig von der Energiekrise – ein Rückgang der Erwerbstätigkeit gegen Ende des Prognosezeitraums und in der mittleren Frist angelegt. Dem wirkt zu einem gewissen Grad die Integration der ukrainischen Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt entgegen. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte von 5,3 Prozent im laufenden Jahr auf 5,5 Prozent im kommenden Jahr steigen, und im Jahr 2024 wieder leicht auf 5,4 Prozent sinken. Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen ist am aktuellen Rand relativ niedrig, was vor allem auf den stark erhöhten Krankenstand zurückzuführen ist, der die Arbeitszeit im Durchschnitt der ersten drei Quartale des laufenden Jahres für sich genommen um schätzungsweise 1,6

Prozent reduziert hat. Wir gehen davon aus, dass sich der Krankenstand und damit die Arbeitszeit im Prognosezeitraum zwar normalisieren, aber nur allmählich. Die Kurzarbeit dürfte infolge der Energiekrise nur leicht zunehmen.

Öffentliche Finanzen

Die Finanzpolitik ist durch den jüngst beschlossenen 200 Mrd. Euro schweren Abwehrschirm für das kommende Jahr deutlich expansiv ausgerichtet. Der fiskalische Expansionsgrad im laufenden Jahr, in dem bereits mehrere Entlastungspakete wirken, wurde bislang durch den Wegfall vieler Corona-bezogener Maßnahmen gemindert. Wir gehen davon aus, dass die 200 Mrd. Euro des Abwehrschirms nahezu vollständig in den Jahren 2022 bis 2024 verausgabt werden. Zunächst fließen davon Mittel für die Dezemberabschläge (Gütersubventionen) und die Unterstützung von Unternehmen (Vermögenstransfers), die in besonderem Umfang von der Energiekrise betroffen sind, ab. Im Jahr 2023 werden dann im großen Umfang Gütersubventionen für Gas, Strom und Fernwärme geleistet, die auch in den ersten Monaten 2024 fortgesetzt werden.

Die Ausgaben des Staates legen im kommenden Jahr kräftig zu und entsprechen dann mehr als der Hälfte der Wirtschaftsleistung. Insbesondere die Gütersubventionen steigen rasant, nachdem im laufenden Jahr bereits die Übernahme des Dezemberabschlags einmalig zu Buche schlug. Die sonstigen Subventionen dürften angesichts des Endes der Corona-Hilfen hingegen sinken, wobei das Plus bei den Gütersubventionen ungleich höher ausfällt. Bei den Bruttoinvestitionen dürften die ersten Käufe des Sondervermögens Bundeswehr für Mehrausgaben sorgen, wenn auch vorerst nur ein geringer Teil des Sondervermögens abgerufen wird. Die schlechtere Kassenlage dürfte das Tempo der Bauinvestitionen im Vergleich zu unserer Einschätzung aus dem Herbst etwas drosseln, ferner rechnen wir nun für das Jahr 2023 mit einem Lageraufbau, statt einem Lagerabbau auf Seiten des Staates.¹¹ Ein

¹¹ Im Herbst hatten wir angenommen, dass die im Auftrag des Bundes durchgeführten Erdgaskäufe zur Speicherbefüllung der Trading Hub Europe GmbH als Lagerinvestitionen des Staates gebucht werden und es im kommenden Jahr zu einem Lagerabbau kommen würde. Nun wurde in

den aktuellen VGR die Auffüllung der Gasspeicher im dritten Quartal nicht als Lagerinvestition des Staates gebucht, so dass nun der Lagerabbau in der Prognose entfällt.

deutliches Plus gibt es zudem bei den Zinsausgaben des Staates, das allerdings in den VGR weniger pronunziert ist als in finanzstatistischer Abgrenzung, da Agios und Kuponzahlungen inflationsindexierter Anleihen (erstere dürften 2023 deutlich geringer ausfallen, letztere deutlich höher als im Jahr 2022) in den VGR auf die gesamte Laufzeit der Anleihen verteilt werden. Bei den Vermögensübertragungen rechnen wir weiterhin mit deutlichen Zuwächsen, da hier Eigenkapitalhilfen an von der Energiekrise betroffenen Unternehmen sowie Kreditausfälle der KfW aus den verschiedenen Hilfsmaßnahmen gezählt werden. Da wir nun bereits für das laufende Jahr mit einigen Zahlungen rechnen, ist der Anstieg 2023 allerdings geringer als noch im Herbst erwartet. Bei den sonstigen laufenden Übertragungen wird es hingegen wohl einen deutlichen Rücksetzer geben, da die Energiepreispauschalen hier zugebucht werden. Erwerbstätige und Rentner haben diese im laufenden Jahr bereits erhalten bzw. erhalten diese im Dezember. Lediglich die im Gesamtumfang deutlich geringeren Zahlungen an Studierende fallen laut Plan im kommenden Jahr an. Mit einem merklichen Anstieg rechnen wir angesichts steigender Sätze in der Grundsicherung und beim Wohngeld auch bei den monetären Sozialleistungen.

Die Einnahmen des Staates legen im Jahr 2023 merklich zu. Trotz sinkender Sätze in der Einkommensteuer und der temporären Umsatzsteuersenkung auf Gas dürften die Steuereinnahmen noch moderat expandieren. Maßgeblich ist hier, dass die Lohndynamik zunimmt und der kräftige Fiskalimpuls auch die zu versteuernden Gewinne begünstigt. Zudem sollen „Übergewinne“ in der Energiebranche zusätzlich besteuert werden, und Bezieher hoher Einkommen müssen die ihnen aus den Energiesubventionen direkt zurechenbaren Zuwendungen als Einkommen versteuern. Die höhere Lohndynamik im Zusammenspiel mit der Progression der Lohnsteuer und die stabileren Gewinnaussichten lassen uns, anders als noch im Herbst, erwarten, dass die Steuerquote nur geringfügig zurückgeht. Deutlich aufwärtsgerichtet sind die Einnahmen aus Sozialbeiträgen, die von höheren Löhnen und steigenden Beitragssätzen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung angeschoben werden.

Insgesamt dürfte der Fehlbetrag des Budgets 2023 rund 4 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung betragen. Da ein Großteil des Abwehrschirms im Jahr 2023 verausgabt wird, revidieren wir die Prognose des Budgetdefizits von 2,2 (Herbstprognose) auf 4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt deutlich nach oben, auch wenn die Einnahmen des Staates vom zusätzlichen Fiskalimpuls merklich profitieren.

Im Jahr 2024 dürften die Ausgaben des Staates nur geringfügig zulegen. Wegen der hohen Lohndynamik dürften insbesondere die Arbeitnehmerentgelte merklich anziehen und auch die monetären Sozialleistungen angesichts deutlicher Rentenanstiege weiterhin spürbar zulegen. Besonders kräftig wird das Plus bei Bruttoinvestitionen und Zinsausgaben bleiben. Angesichts des Auslaufens des Abwehrschirms im Frühjahr des Jahres 2024 dürften die Subventionen aber massiv sinken, so dass insgesamt der Anstieg der Ausgaben sehr gering bleibt.

Die Einnahmen des Staates legen in ähnlichem Tempo wie 2024 zu, und das Budgetdefizit sinkt merklich. Trotz der abermalig deutlichen Verschiebung der Tarifeckwerte des Einkommensteuertarifs nehmen die Steuereinnahmen wieder stärker zu, da infolge stark steigender Pro-Kopf-Löhne die Progressionseffekte weiter kräftig sind und die Umsatzsteuer auf Gas wieder angehoben wird. Der Anstieg der Sozialbeiträge schwächt sich leicht ab, da die Beitragssätze anders als im Vorjahr weitgehend konstant bleiben dürften. In der Rentenversicherung ist für das Jahr 2024 nicht mehr mit höheren Beitragssätzen zu rechnen. Das höhere Tempo der Löhne entlastet zunächst die Rentenversicherung, da die Renten mit einer Verzögerung von 1 ½ Jahren angepasst werden. Insgesamt dürfte das Budgetdefizit im Vergleich zum Jahr 2023 deutlich sinken, aber weiterhin auf erhöhtem Niveau verbleiben. Trotz hoher Defizite und des kreditfinanzierten Erwerbs von Finanzvermögen steigt der Bruttoschuldenstand in Relation zur Wirtschaftsleistung kaum. In Euro gerechnet steigt der Bruttoschuldenstand merklich an, da das Budget in allen Jahren erhebliche Fehlbeträge aufweist und zugleich im Zuge der Energiekrise Kreditprogramme für betroffene Unternehmen, die zwar

als Aktivtausch nicht den Budgetsaldo belasten, aber finanziert werden müssen. Zudem startet im kommenden Jahr die Aktienrente, für die der Bund im Umfang von 10 Mrd. Euro kreditfinanziert Wertpapiere kaufen wird. Dem stärkeren Anstieg der Verschuldung steht entgegen, dass der Bestand an Sichteinlagen insbesondere im Vergleich zu den Jahren vor der Corona-Krise bereits sehr hoch ist. Wegen des starken Anstiegs des nominalen Bruttoinlandsprodukts steigt die Schuldenstandsquote allerdings nur geringfügig.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Es bestehen weiterhin erhebliche Risiken in der Energieversorgung. Die Preise für Erdgas und Strom schwanken an den Spot- und Terminmärkten weiterhin erheblich. Dies ist im Wesentlichen Ausdruck einer unsicheren Versorgungslage, insbesondere bei Erdgas. Als Ersatz für die weggefallenen russischen Lieferungen kommt vor allem der Einkauf von Flüssiggas (LNG) in Frage. Bei einem kurzfristig kaum reagiblen Angebot kann die zusätzliche Nachfrage aus Europa im Wesentlichen nur dadurch bedient werden, dass Nachfrager in der übrigen Welt durch höhere Preisgebote verdrängt werden. Dies hat den Erdgaspreis im August zwischenzeitlich in Höhen von über 300 Euro je MWh getrieben. Maßgeblich hierfür waren nicht zuletzt die im staatlichen Auftrag erfolgten Käufe aus Deutschland zum Auffüllen der Gasspeicher. Hierdurch ist zwar eine Gasmangel-lage im laufenden Winterhalbjahr deutlich unwahrscheinlicher geworden, allerdings stellt sich die Frage der Versorgungssicherheit für die kalte Jahreszeit 2023/2024 erneut. Zu welchen Preisen LNG auf dem Weltmarkt verfügbar sein wird, hängt nicht zuletzt von der wirtschaftlichen Entwicklung in Asien – speziell in China – ab. Kommt es dort zu einer deutlichen Erholung, steigt auch die Gasnachfrage und mit ihr der Weltmarktpreis für LNG. Insgesamt muss daher weiterhin mit der Möglichkeit starker Preisschübe gerechnet werden. Diese würden nach dem Auslaufen der Gaspreisbremse im April 2024 auch wieder die effektiven Endverbraucherpreise bestimmen. Energieseitig ist ferner relevant, dass Mitte April 2023 die Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden

sollen, wodurch weitere Stromerzeugungskapazität vom Netz geht. Inwieweit hierdurch die Versorgungslage und Preisbildung auf dem deutschen Strommarkt beeinflusst wird, hängt auch davon ab, wie schnell die derzeit durch Wartungsarbeiten beeinträchtigten französischen Meiler wieder produzieren. Insgesamt bestehen damit weiterhin erhebliche Unsicherheiten auf den europäischen Energiemärkten.

Die Energiekrise sowie die Zinswende gehen mit erhöhten Insolvenzrisiken einher. Bislang erscheint der Unternehmenssektor robust gegenüber deutlich höheren Energie- und Finanzierungskosten. Weder bei den Insolvenzen noch bei den Gewerbeabmeldungen zeigt sich bis zum aktuellen Rand ein auffälliger Befund. Allerdings steigen die Risiken, je länger diese Belastungen andauern, weil in Unternehmen, die die höheren Kosten nicht an ihre Kunden oder andere Lieferanten überwälzen können, das Eigenkapital sukzessive erodiert. Unklar ist insbesondere, inwieweit die lange Niedrigzinsphase, die in der modernen Wirtschaftsgeschichte ohne Beispiel ist, Unternehmen am Markt gehalten hat, deren Geschäftsmodell sich bei einer Normalisierung der Geldpolitik als obsolet erweist (Banerjee and Hofmann 2022).

Eine neue energiepolitische Strategie steht weiterhin aus. Mit dem Stopp der pipelinegebundenen Erdgaslieferungen aus Russland ist der wichtigste Brückenenergieträger für die Energiewende in Deutschland weggebrochen. Bislang steht hierfür kein Ersatz bereit. Die Bundesregierung hat zwar den Aufbau von Terminalkapazitäten vorangetrieben, um Flüssiggas direkt in Deutschland anlanden zu können und so die europäischen Importkapazitäten zu erweitern; dies ist aber nur eine notwendige Bedingung. Denn es wäre wenig gewonnen, würden LNG-Tanker, die bislang andere europäische Häfen anlaufen, nur nach Deutschland umgelenkt. Hinzu kommen müssen Anreize, die LNG-Produktion in Übersee deutlich auszuweiten und die entsprechende Transportkapazität bereitzustellen. Dies geschieht üblicherweise in Form von langlaufenden Lieferverträgen. Diese unterliegen allerdings dem politischen Risiko, dass die russischen Lieferungen wieder aufgenommen werden. Die Wirtschaftspolitik sollte dieses Investitionsrisiko – idealerweise EU-weit koordiniert – einhegen, etwa durch einen Zoll

auf russische Gaslieferungen, der den Preisvorteil gegenüber Flüssiggas ausgleicht. Ohne solche Anreize für eine Produktionsausweitung in Übersee blieben für die LNG-Versorgung auch mittelfristig nur Käufe am Spotmarkt, wo Nachfrager aus anderen Weltregionen über den Preis verdrängt werden müssten. Damit dürfte die Gasversorgung auf Dauer noch teurer bleiben, als sie durch den Umstieg auf LNG ohnehin würde. Alternativ bzw. ergänzend könnte die deutsche Energiepolitik das Erschließen heimischer Gasvorkommen über Fracking ins Auge fassen. Ferner stehen in Deutschland sechs betriebsfähige Kernkraftwerke, mit denen ein Teil des wachsenden Strombedarfs weitgehend CO₂-neutral gedeckt werden könnte. Ein beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien ist keine Lösung, solange Speicherkapazitäten zur Abdeckung von Dunkelflauten nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Insgesamt würde ein angebotsseitiger Ansatz der Energiepolitik das Problem der hohen Energiepreise ursachenadäquat adressieren und die Erwartungen über das zukünftige Energiepreisniveau – insbesondere als Grundlage für Investitionsentscheidungen – in Deutschland stabilisieren helfen. Erst dann lässt sich unternehmerisch abschätzen, welche Industrien sich am hiesigen Standort weiterhin wettbewerbsfähig betreiben lassen und welche ins Ausland verlagert werden sollten. Denn der industrielle Kern eines Wirtschaftsraums muss sich selbst tragen und darf nicht – schon gar dauerhaft – auf subventionierte Energieträger angewiesen sein.

Der expansive Kurs der Finanzpolitik birgt Risiken für die Preisstabilität, die bei gezielteren Hilfen deutlich geringer wären. Die Strom- und Gaspreisbremsen sind so ausgestaltet, dass sie die amtlich ausgewiesenen Energiepreise und damit die Inflationsrate insgesamt für sich genommen spürbar senken. Ökonomisch stellen sie eine Kaufkraftinjektion in erheblichem Ausmaß für den Privatsektor dar, dem eine entsprechend höhere Verschuldung des Staates gegenübersteht. So belaufen sich die Mittel, die im kommenden Jahr über den Abwehrschirm an die Strom- und Gaskunden ausgereicht werden, auf rund 2 Prozent der Wirtschaftsleistung. Mit diesen Mitteln können die privaten Akteure zusätzlich disponieren. Werden sie an den Gütermärkten nachfragewirksam, erhöhen sie auch den Preisauftrieb.

Dieser Effekt wäre in einer starken Unterauslastung weniger bedeutsam. Allerdings weisen Umfragen zur Kapazitätsauslastung darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft in weiten Teilen immer noch überausgelastet ist. Zudem ist der Personalmangel in vielen Branchen weiterhin ausgesprochen hoch. Auch ist die über eine ökonometrisch geschätzte Produktionsfunktion bestimmte Produktionslücke kaum noch geöffnet, wobei die Schätzung nach fast dreijähriger Krisenphase weniger belastbar ist als bei gewöhnlichem Konjunkturverlauf. Hinzu kommt, dass der heimische Gasverbrauch im Prognosezeitraum insgesamt um rund 20 Prozent eingeschränkt werden muss, um eine Gasmangelage bei normaler Witterung zu vermeiden. Damit fällt ein Teil der davon betroffenen Produktionskapazität zumindest temporär aus. Insgesamt läuft der massive fiskalische Impuls somit Gefahr, den Preisauftrieb außerhalb der energieintensiven Bereiche anzufachen. Dieses Risiko ließe sich deutlich reduzieren, würden die staatlichen Hilfen auf diejenigen privaten Haushalte konzentriert, die andernfalls in Existenznot geraten. Dies könnte etwa dadurch geschehen, dass die Hilfen unter der Maßgabe ausgereicht werden, dass sie nachgelagert mit der nächsten Einkommensteuererklärung einkommensabhängig drastisch abgeschmolzen werden – nicht wie in der bisher angestrebten Lösung mit dem Einkommensteuersatz, sondern einer Entzugsrate, die bis zur Höhe des mittleren Einkommens die ursprünglichen Hilfen wieder vollständig kassiert. Unternehmenshilfen sollten noch restriktiver gehandhabt werden und – wenn überhaupt – eher in Form von Kreditgarantien ausgestaltet sein. Denn marktfähige Unternehmen können höhere Energiekosten an ihre Kunden weitergeben oder auf ihren übrigen Beschaffungsmärkten rückwälzen. In dieser Fähigkeit zeigt sich, ob Geschäftsmodelle gesamtwirtschaftlich wichtig genug sind, um auch bei eingeschränkter Energieversorgung fortgeführt zu werden. Auf diese Weise identifiziert der Marktmechanismus, an welcher Stelle derzeit insbesondere auf den Einsatz von Erdgas am ehesten verzichtet werden kann (Kooths 2022), wobei das dezentral verteilte Wissen maximal mobilisiert wird. Ein solcher marktbasierter Ansatz gelingt umso besser, je stärker er mit einer angebotsorientierten Energiepolitik verbunden wird.

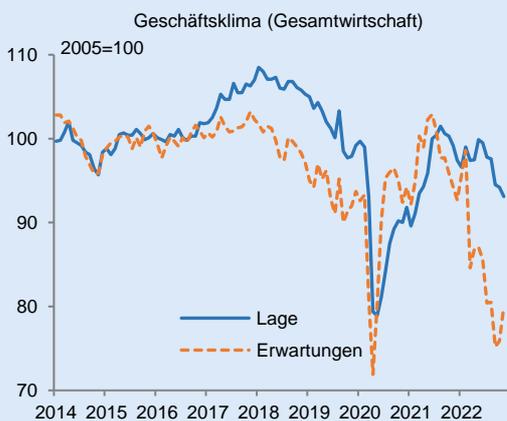
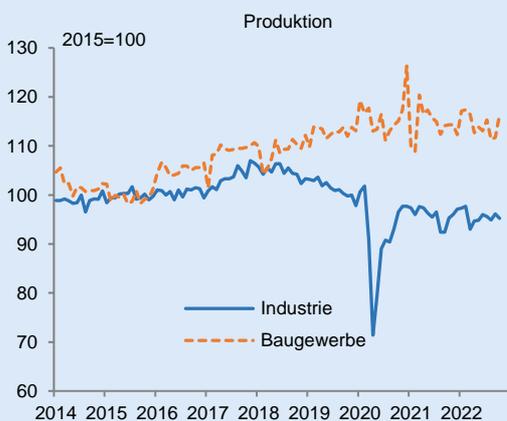
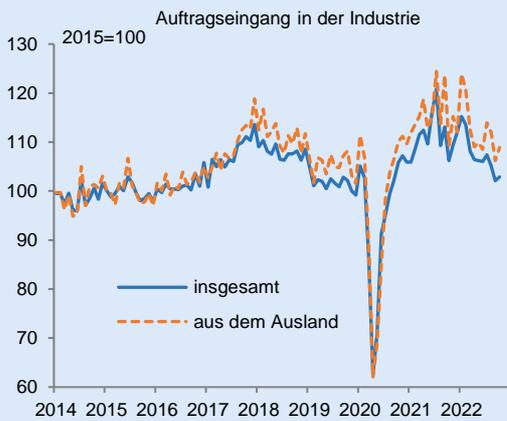
Datenanhang

INHALT

1. Konjunkturindikatoren.....	20
2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung.....	21
3. Außenwirtschaft.....	23
4. Inländische Verwendung.....	25
5. Wirtschaftsbereiche.....	27
6. Löhne.....	28
7. Beschäftigung.....	29
8. Öffentliche Finanzen.....	31
9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit.....	33
10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung.....	34
11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	35
12. Hauptaggregate der Sektoren.....	38
Literatur.....	41

1. Konjunkturindikatoren

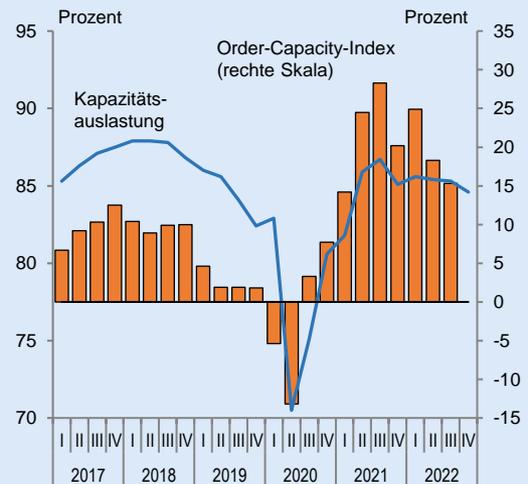
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

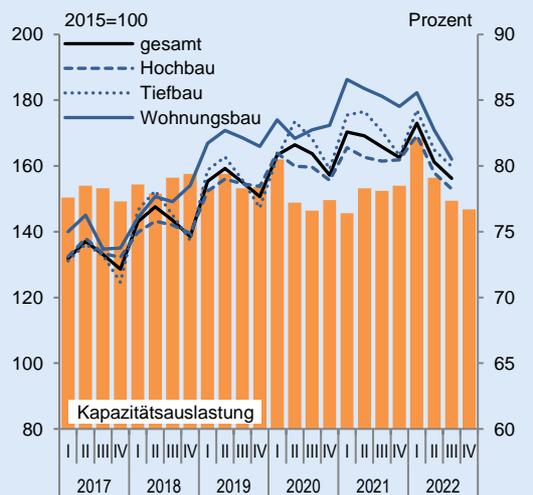
Abbildung 1.2:
Kapazitätsauslastung



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: ifo Institut, *Konjunkturtest*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe

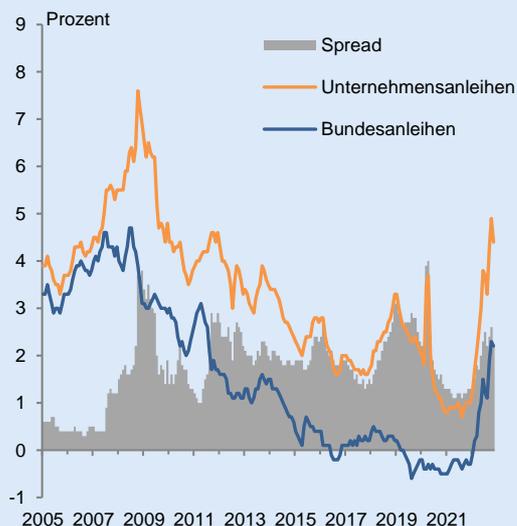


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): saisonbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

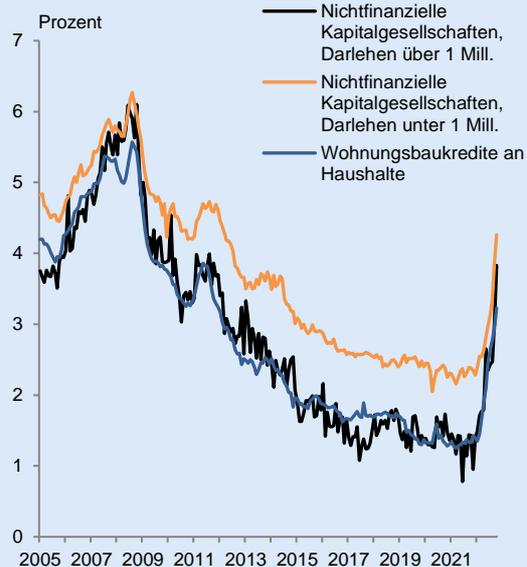
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Berechnungen des IfW Kiel.

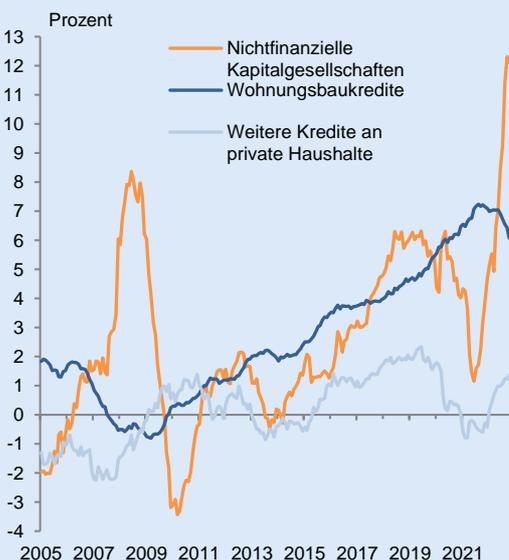
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *MFI-Zinsstatistik*.

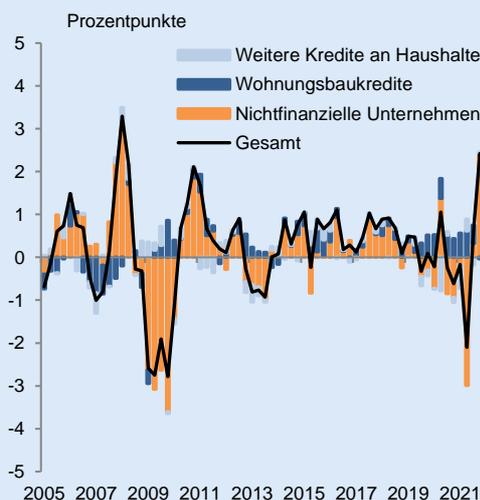
Abbildung 2.3:
Kreditexpansion



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel..

Abbildung 2.4:
Kreditimpuls



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009). Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

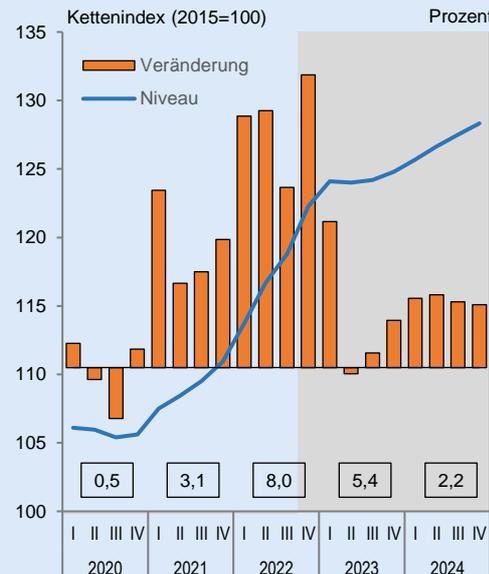
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Zeitreihen-Datenbanken*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.6:
Verbraucherpreise



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung: Jahresrate gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 2.1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2021–2024

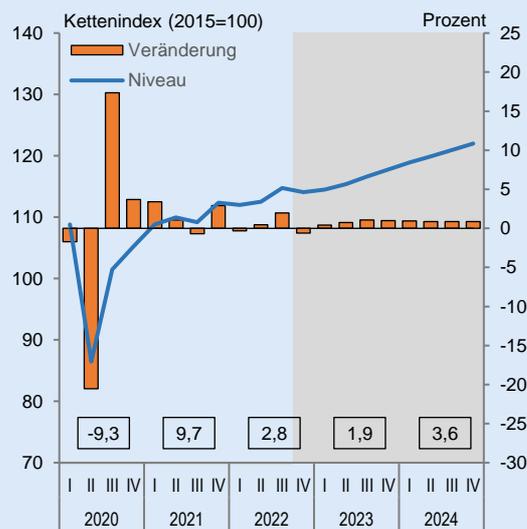
	2021				2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,25	2,50	3,00	3,50	3,50	3,50	3,50	3,50	3,50	3,50
Langfristige Zinsen	-0,46	-0,28	-0,45	-0,30	0,10	1,05	1,30	2,06	2,00	2,20	2,40	2,60	2,80	2,80	2,80	2,80
US-Dollar/Euro	1,20	1,21	1,18	1,14	1,12	1,06	1,01	1,02	1,02	1,02	1,02	1,02	1,02	1,02	1,02	1,02
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	91,5	91,6	91,0	89,8	89,7	88,9	87,9	88,5	89,0	89,2	89,4	89,4	89,0	88,6	88,2	87,7
Exportmärkte	0,6	2,1	1,6	1,1	0,7	0,3	-0,1	0,1	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,6	0,7
Rohölpreis	61	69	73	79	101	114	101	89	87	86	85	83	82	81	80	79
Gaspreis	18	25	49	97	101	101	205	133	139	140	140	140	134	101	96	96
Strompreis	53	66	104	193	202	203	410	269	390	323	326	442	406	185	179	251

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz (Quartalsende); langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent. Gaspreis: Euro je MWh (TTF). Strompreis: Euro je MWh (Phelix, Baseload).

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; EIA, *Refinitiv*, EEX, ENDEX; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

3. Außenwirtschaft

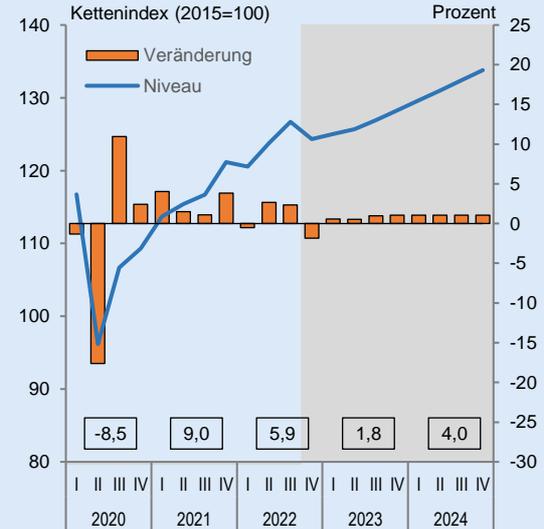
Abbildung 3.1:
Exporte



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

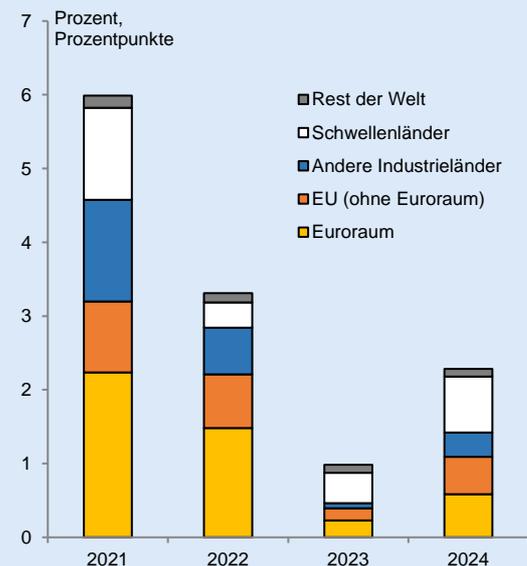
Abbildung 3.2:
Importe



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

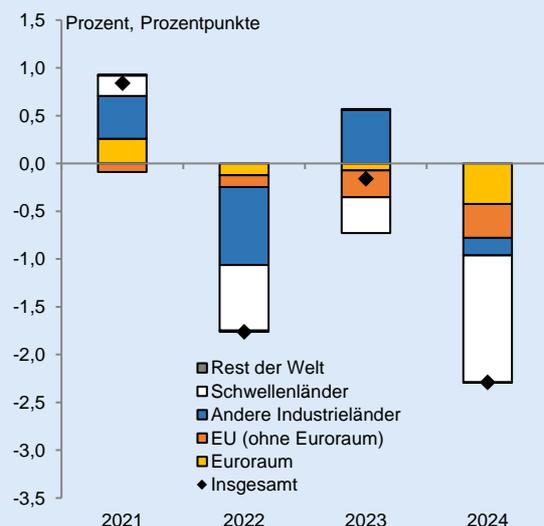
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

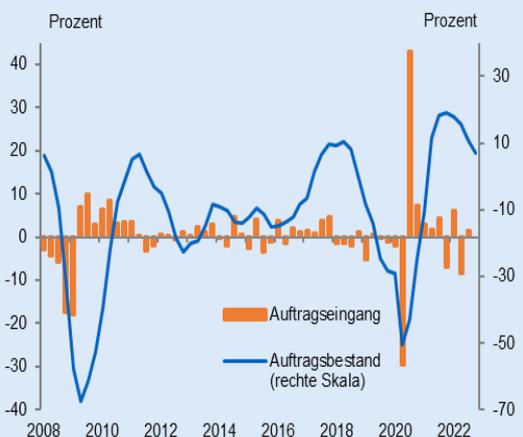
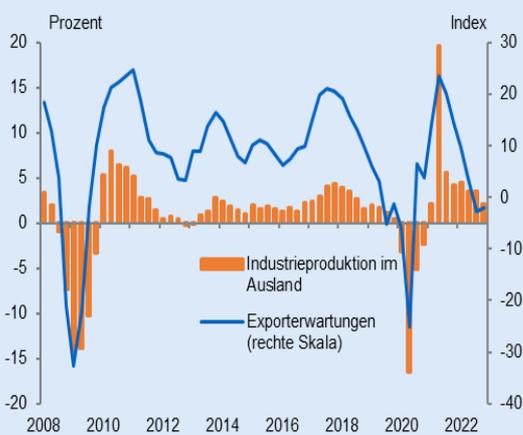
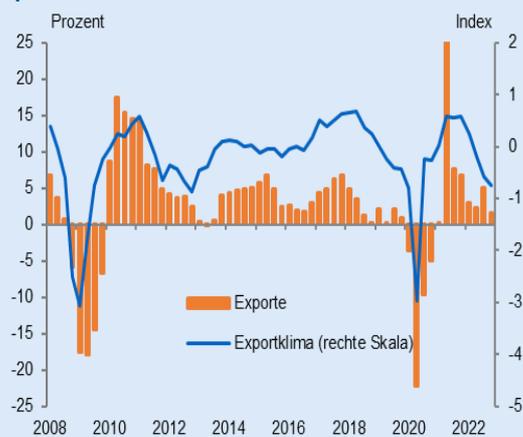
Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise und Wechselkurse gegenüber 55 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 61 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 8.2020; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

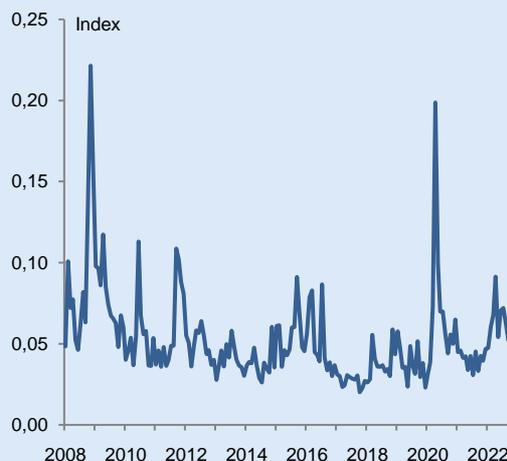
Abbildung 3.5:
Exportindikatoren



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exporterwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Thomson Reuters Datastream; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 3.6:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern

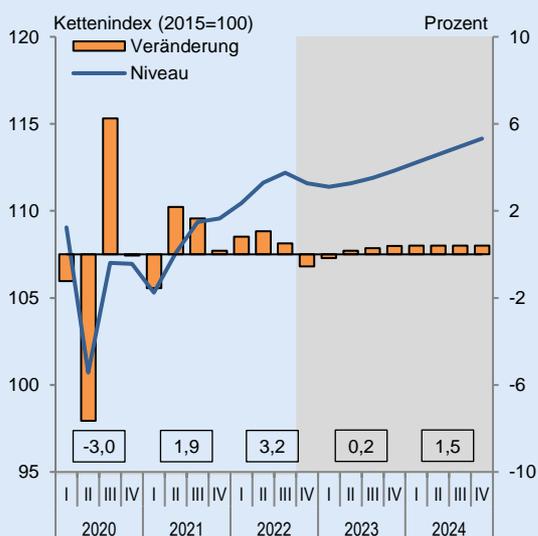


Monatsdaten; Aktienkursvolatilitäten basierend auf Tagesdaten für Aktienkurse in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren. Letzter Wert: 1.12.2022.

Quelle: Nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

4. Inländische Verwendung

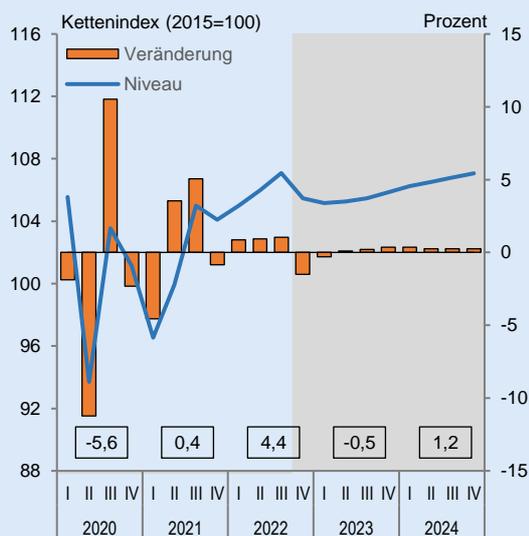
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

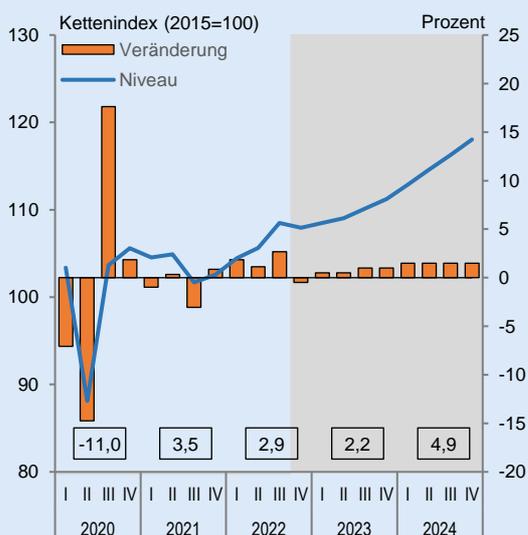
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

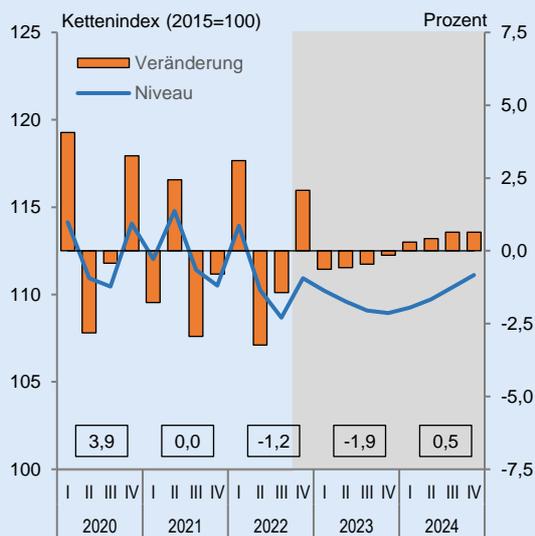
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

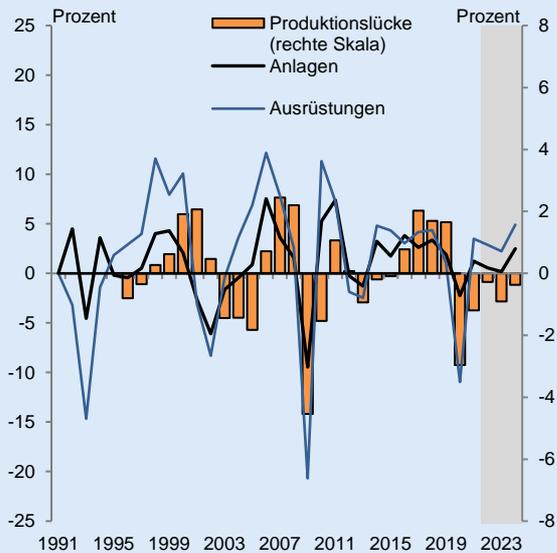
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

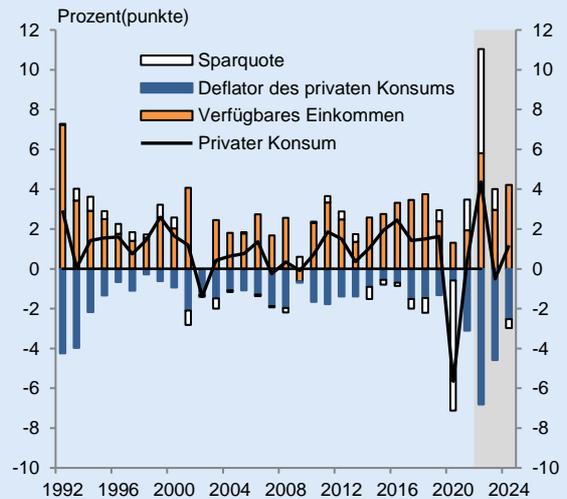
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

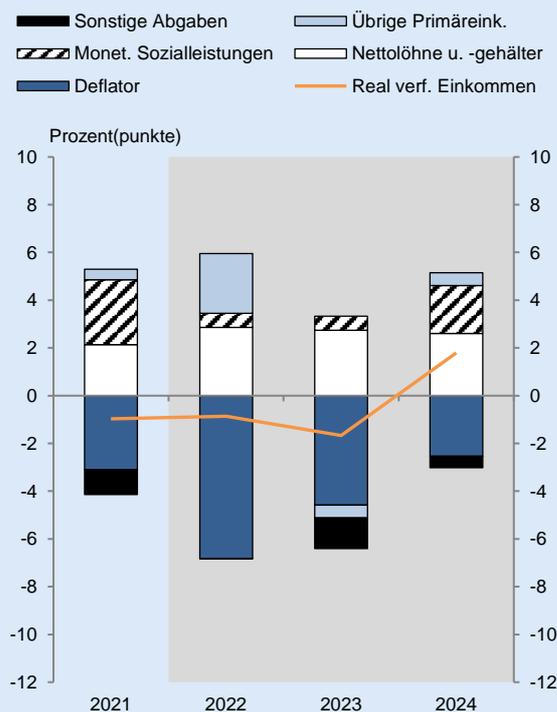
Abbildung 4.6:
Beiträge zur Veränderung des privaten Konsums



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen

	2021	2022	2023	2024
Anlageinvestitionen	1,2	0,5	0,2	2,5
Unternehmensinvestitionen	2,0	1,6	1,9	3,8
Ausrüstungen	3,5	2,9	2,2	4,9
Wirtschaftsbau	0,1	-1,5	-0,7	0,6
Sonstige Anlagen	1,1	2,0	3,4	4,7
Wohnungsbau	0,6	-1,2	-2,7	-0,1
Öffentlicher Bau	-2,9	-0,6	-0,4	3,3
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	0,0	-1,2	-1,9	0,5

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle 5.1:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

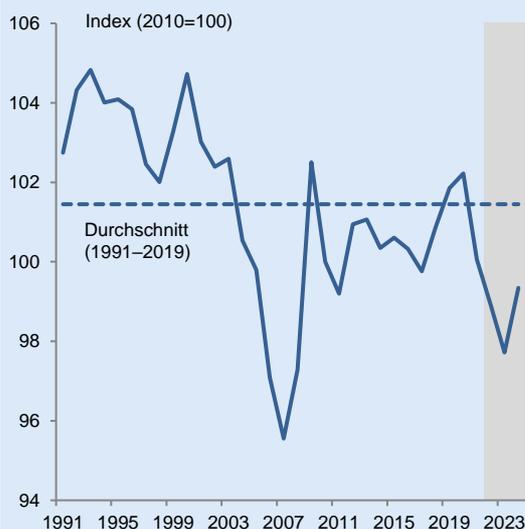
	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
	Saison- und kalenderbereinigte Werte; Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent											
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	0,4	0,0	-0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	1,6	-0,6	1,4	0,0	-0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,2	-0,2	0,6	0,0	0,3	1,0	1,0	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	0,0	-0,2	0,9	0,5	0,5	1,2	1,2	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-0,8	0,5	-1,6	-4,0	-1,5	-0,5	-0,5	0,0	0,3	0,3	0,3	0,3
Baugewerbe	3,3	-2,4	-4,2	3,0	-1,0	-1,0	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,8	-1,5	3,3	-1,1	-1,1	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Information und Kommunikation	1,2	0,2	0,1	0,3	0,3	0,5	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	3,5	0,5	1,6	-0,5	-0,5	-0,3	0,0	0,0	0,3	0,3	0,3	0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	0,3	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	1,5	0,0	-0,5	0,3	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Öffentliche Dienstleister	2,9	-1,5	4,5	0,0	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Sonstige Dienstleister	5,9	1,3	5,4	-1,0	-0,5	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität

	2021	2022	2023	2024
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	1,5	2,5	4,5	4,7
Effektivlöhne	1,6	4,1	5,0	4,8
Lohndrift	0,0	1,6	0,5	0,1
Lohnkosten	1,3	3,6	5,0	4,7
Arbeitsproduktivität	0,9	0,2	0,2	1,3
Lohnstückkosten	0,7	3,3	4,8	3,3
Lohnstückkosten (real)	-2,3	-1,3	1,3	-0,3
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	1,6	2,5	4,5	4,7
Effektivlöhne	3,3	4,3	4,9	5,2
Lohndrift	1,7	1,9	0,3	0,5
Lohnkosten	3,1	4,0	4,9	5,1
Arbeitsproduktivität	2,5	0,6	0,0	1,5
Lohnstückkosten	0,6	3,4	4,9	3,5
Lohnstückkosten (real)	-2,4	-1,3	1,4	-0,2

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

7. Beschäftigung

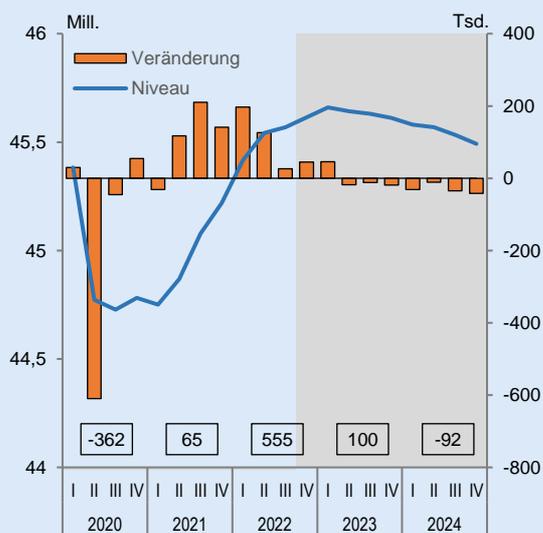
Tabelle 7.1:
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2020	2021	2022	2023	2024
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	59.249	60.281	61.261	61.279	61.267
Erwerbstätige (Inland)	44.914	44.980	45.535	45.635	45.543
Selbständige	4.055	3.958	3.899	3.842	3.782
Arbeitnehmer (Inland)	40.859	41.022	41.636	41.793	41.761
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33.579	33.897	34.533	34.852	35.012
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.290	4.101	4.108	3.976	3.785
Pendlersaldo	94	114	139	145	145
Erwerbstätige (Inländer)	44.821	44.866	45.396	45.491	45.399
Arbeitnehmer (Inländer)	40.766	40.908	41.497	41.648	41.616
Registrierte Arbeitslose	2.695	2.613	2.421	2.561	2.512
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,9	5,7	5,3	5,5	5,4
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,4	3,3	2,8	3,0	3,1

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

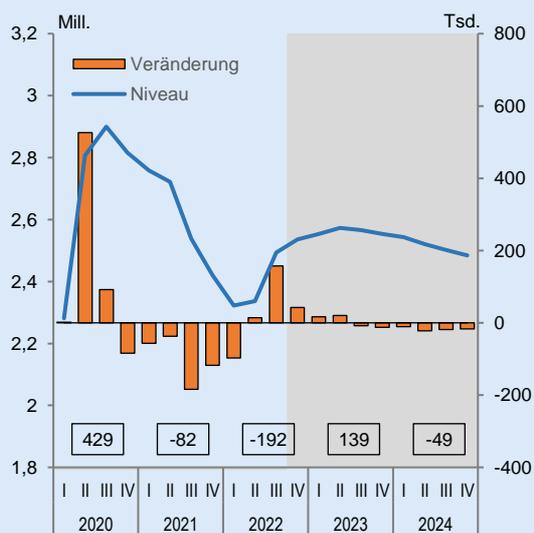
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

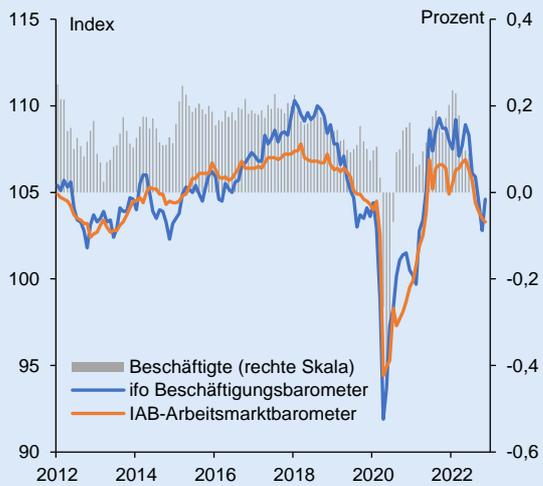
Abbildung 7.2:
Arbeitslose



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 7.3:
Arbeitsmarktindikatoren



Monatsdaten; Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Veränderung zum Vormonat (Dreimonatsschnitt), saisonbereinigt. ifo Beschäftigungsbarometer: umbasiert auf 2015=105. IAB-Arbeitsmarktbarometer: 90=sehr schlechter Ausblick, 110=sehr guter Ausblick.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, *Saisonbereinigte Zeitreihen*; ifo Institut; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des ifw Kiel.

8. Öffentliche Finanzen

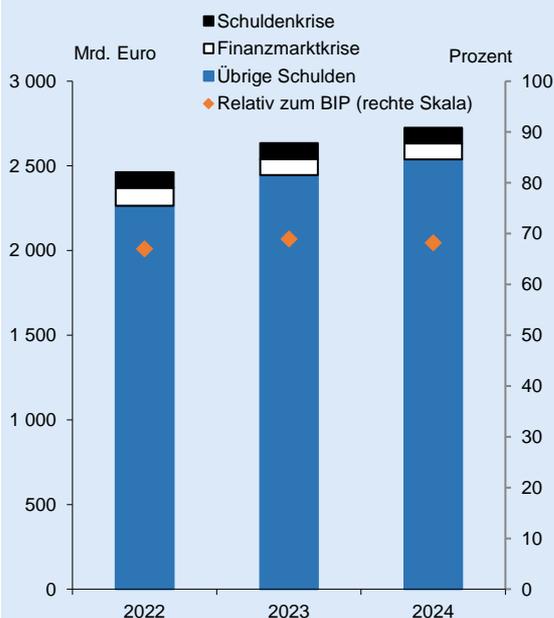
Tabelle 8.1:
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2020	2021	2022	2023	2024
Einnahmen	1.569,1	1.711,7	1.826,4	1.907,0	1.997,9
→relativ zum BIP	46,1	47,5	47,6	48,1	48,2
Steuern	774,5	877,8	952,6	980,7	1.023,9
→relativ zum BIP	22,7	24,4	24,8	24,7	24,7
Sozialbeiträge	608,1	633,7	665,9	707,6	745,6
→relativ zum BIP	17,9	17,6	17,3	17,8	18,0
Sonstige Einnahmen	186,5	200,3	207,9	218,7	228,5
→relativ zum BIP	5,5	5,6	5,4	5,5	5,5
Ausgaben	1.716,6	1.846,0	1.892,4	2.067,5	2.090,4
→relativ zum BIP	50,4	51,3	49,3	52,2	50,5
Arbeitnehmerentgelt	284,3	294,4	306,3	318,3	335,0
Vorleistungen	209,4	227,2	235,0	242,4	253,3
Soziale Sachleistungen	304,9	330,0	359,5	375,2	389,3
Bruttoinvestitionen	93,2	93,4	103,5	117,7	133,1
Geleistete Vermögenseinkommen	21,5	20,8	25,0	31,0	37,0
Monetäre Sozialleistungen	600,0	610,9	622,0	664,6	701,1
Subventionen	73,4	111,6	66,9	149,1	74,4
Sonstige laufende Übertragungen	82,6	90,4	108,0	96,0	95,4
Vermögensübertragungen	48,1	68,1	67,2	74,0	72,7
Sonstige Ausgaben	-1,2	-1,2	-1,3	-1,3	-1,3
Finanzierungssaldo	-147,6	-134,3	-66,0	-160,4	-92,5
→relativ zum BIP	-4,3	-3,7	-1,7	-4,0	-2,2
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1003,8	1116,4	1204,6	1234,5	1288,5
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	993,2	1.109,8	1.193,2	1.233,3	1.287,3
Transfers der Sozialversicherung	10,6	6,6	11,3	1,2	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	1.116,5	1.255,0	1.274,5	1.394,3	1.372,3
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	975,2	1.097,3	1.101,0	1.239,5	1.225,1
Transfers an die Sozialversicherung	141,4	157,7	173,5	154,8	147,2
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-112,7	-138,5	-69,9	-159,8	-83,8
Einnahmen der Sozialversicherung	717,9	783,5	806,7	828,6	857,8
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	576,6	625,8	633,2	673,7	710,6
Ausgaben der Sozialversicherung	752,7	779,2	802,8	829,2	866,5
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	742,1	772,6	791,4	828,0	865,3
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	-34,8	4,3	3,9	-0,7	-8,7

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

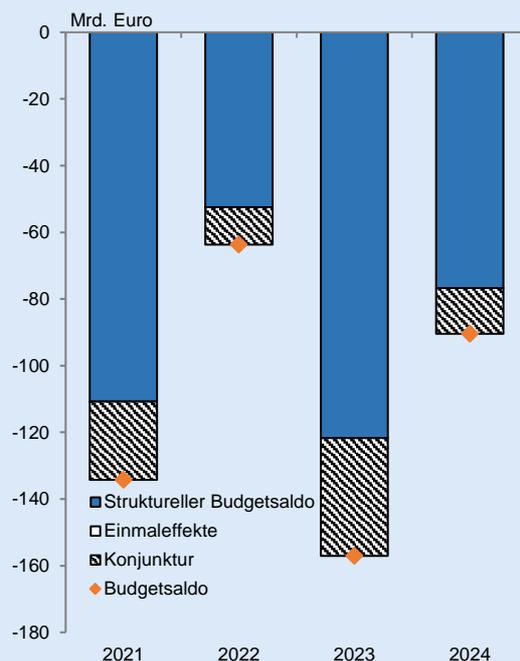
Abbildung 8.1:
Bruttoschuldenstand



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankenrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; BMF, *Monatsbericht*; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 8.2:
Struktureller Budgetsaldo



Quelle: Europäische Kommission, *AMECO*; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

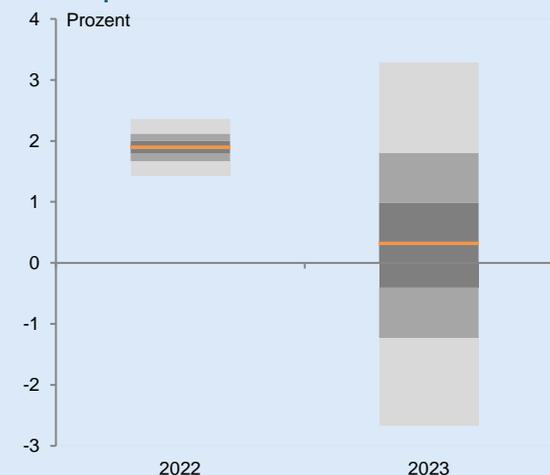
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	0,4	0,0	-0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Private Konsumausgaben	0,9	0,9	1,0	-1,5	-0,3	0,1	0,2	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,5	0,0	0,0	-0,2	0,5	0,5	0,5	0,3	0,2	0,2	0,3
Ausrüstungsinvestitionen	1,9	1,1	2,7	-0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	1,5	1,5	1,5	1,5
Bauinvestitionen	3,1	-3,2	-1,4	2,1	-0,6	-0,6	-0,5	-0,1	0,3	0,4	0,6	0,6
Sonstige Anlagen	-0,1	0,8	1,0	0,5	0,8	1,0	1,0	1,0	1,2	1,3	1,3	1,2
Vorratsveränderungen	-0,3	0,7	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,8	1,1	0,5	-0,5	-0,2	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Ausfuhr	-0,3	0,5	2,0	-0,6	0,4	0,8	1,1	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9
Einfuhr	-0,5	2,7	2,4	-1,9	0,6	0,5	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Außenbeitrag	0,0	-0,9	-0,1	0,5	-0,1	0,1	0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Erwerbstätige, Inland	45.416	45.543	45.569	45.614	45.660	45.642	45.630	45.611	45.580	45.569	45.534	45.493
Arbeitslose	2.323	2.337	2.494	2.536	2.553	2.573	2.566	2.553	2.543	2.521	2.502	2.485

Preis-, kalender- und saisonbereinigt Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

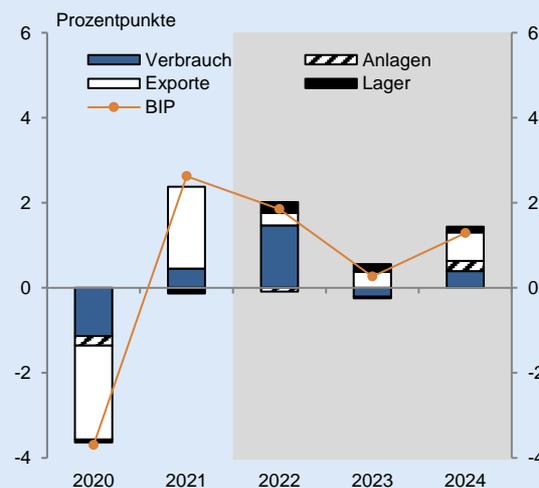
Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im vierten Quartal der Jahre 1994–2021).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 9.2:
Importbereinigte Expansionsbeiträge



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10.1:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2021–2024

	2021	2021	2022	2023	2024
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		2,6	1,9	0,3	1,3
Private Konsumausgaben		0,4	4,4	-0,5	1,2
Konsumausgaben des Staates		3,8	1,7	0,6	1,4
Anlageinvestitionen		1,2	0,5	0,2	2,5
Ausrüstungsinvestitionen		3,5	2,9	2,2	4,9
Bauinvestitionen		0,0	-1,2	-1,9	0,5
Sonstige Anlagen		1,1	2,0	3,4	4,7
Vorratsveränderung		0,5	0,4	0,3	0,0
Inländische Verwendung		1,9	3,2	0,2	1,5
Ausfuhr		9,7	2,8	1,9	3,6
Einfuhr		9,0	5,9	1,8	4,0
Außenbeitrag		0,8	-1,1	0,1	-0,2
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.601,8	5,8	6,6	3,6	5,0
Private Konsumausgaben	1.773,8	3,5	11,5	4,0	3,7
Konsumausgaben des Staates	797,5	6,6	6,4	4,0	4,3
Anlageinvestitionen	783,8	6,5	11,7	4,9	5,0
Ausrüstungsinvestitionen	229,4	5,5	10,4	6,0	6,7
Bauinvestitionen	416,7	8,3	14,7	4,2	3,6
Sonstige Anlagen	137,7	2,9	5,0	5,1	6,8
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		55,1	79,4	93,2	95,7
Inländische Verwendung	3.410,2	6,1	10,9	4,5	4,1
Ausfuhr	1.693,9	15,6	15,2	6,9	6,0
Einfuhr	1.502,4	18,0	26,0	8,8	4,3
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		191,6	59,3	28,7	64,8
Bruttonationaleinkommen	3.729,5	6,4	6,5	3,5	4,9
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		3,1	4,7	3,4	3,7
Private Konsumausgaben		3,1	6,8	4,6	2,5
Konsumausgaben des Staates		2,7	4,7	3,3	2,9
Ausrüstungsinvestitionen		1,9	7,3	3,7	1,7
Bauinvestitionen		8,3	16,1	6,3	3,1
Sonstige Anlagen		1,8	2,9	1,6	2,0
Ausfuhr		5,4	12,1	4,9	2,3
Einfuhr		8,3	19,0	6,8	0,3
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		3,1	8,0	5,4	2,2
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.743,4	6,7	3,1	5,7	2,6
Arbeitnehmerentgelt	1.918,0	3,5	5,5	5,3	5,0
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		69,9	71,5	71,3	73,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	825,4	15,0	-2,4	6,7	-3,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2.031,2	2,1	6,0	2,9	4,3
Sparquote (Prozent)		15,1	10,6	9,5	9,9
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.570,6	3,7	5,9	5,2	5,1
Effektivlohn, Stundenbasis		1,6	4,1	5,0	4,8
Lohnstückkosten, Stundenbasis		0,7	3,3	4,8	3,3
Produktivität, Stundenbasis		0,9	0,2	0,2	1,3
Arbeitslose (1 000)		2.613	2.421	2.561	2.512
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,7	5,3	5,5	5,4
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		44.980	45.535	45.635	45.543
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-134,3	-66,0	-160,4	-92,5
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-3,7	-1,7	-4,0	-2,2
Öffentliche Schulden (Prozent)		68,7	67,1	68,8	67,7

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,2	0,2	-0,2	1,5	1,0	0,4	0,1	-0,2	-0,2
Arbeitsvolumen	1,6	0,0	0,0	2,0	1,3	0,5	-0,4	-0,2	0,2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,4	-0,2	0,2	0,5	0,3	0,1	-0,4	0,0	0,4
Produktivität ¹	0,2	0,2	1,3	0,8	-0,3	-0,2	0,6	1,4	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,9	0,3	1,3	2,8	0,9	0,3	0,2	1,2	1,4

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 826,1	2 940,2	3 055,4	1 365,6	1 460,5	1 434,8	1 505,4	1 490,3	1 565,1
Private Haushalte ²	1 977,6	2 057,7	2 134,7	952,1	1 025,6	1 007,3	1 050,4	1 039,7	1 095,0
Staat	848,4	882,5	920,7	413,5	434,9	427,5	455,0	450,6	470,1
Anlageinvestitionen	875,7	918,6	964,8	417,3	458,4	446,7	471,9	462,8	502,0
Ausrüstungen	253,2	268,4	286,4	118,1	135,0	128,4	140,0	135,4	151,0
Bauten	478,0	498,3	516,2	230,6	247,5	246,8	251,5	251,2	264,9
Sonstige Anlageinvestitionen	144,5	151,9	162,2	68,6	75,9	71,5	80,3	76,2	86,0
Vorratsveränderung ³	79,4	93,2	95,7	48,1	31,4	60,4	32,9	63,1	32,7
Inländische Verwendung	3 781,3	3 952,0	4 115,9	1 831,0	1 950,3	1 941,9	2 010,1	2 016,2	2 099,8
Außenbeitrag	59,3	28,7	64,8	50,9	8,4	14,0	14,8	29,9	34,9
Exporte	1 952,2	2 087,5	2 212,1	940,1	1 012,2	1 023,9	1 063,6	1 086,8	1 125,3
Importe	1 892,9	2 058,8	2 147,4	889,2	1 003,8	1 009,9	1 048,9	1 057,0	1 090,4
Bruttoinlandsprodukt	3 840,6	3 980,7	4 180,7	1 881,9	1 958,6	1 955,8	2 024,9	2 046,0	2 134,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	9,9	4,0	3,9	11,8	8,2	5,1	3,1	3,9	4,0
Private Haushalte ²	11,5	4,0	3,7	13,8	9,4	5,8	2,4	3,2	4,2
Staat	6,4	4,0	4,3	7,4	5,4	3,4	4,6	5,4	3,3
Anlageinvestitionen	11,7	4,9	5,0	11,5	11,9	7,0	2,9	3,6	6,4
Ausrüstungen	10,4	6,0	6,7	7,0	13,4	8,7	3,7	5,5	7,9
Bauten	14,7	4,2	3,6	16,0	13,5	7,0	1,6	1,8	5,3
Sonstige Anlageinvestitionen	5,0	5,1	6,8	5,3	4,7	4,2	5,8	6,5	7,1
Inländische Verwendung	10,9	4,5	4,1	12,6	9,3	6,1	3,1	3,8	4,5
Exporte	15,2	6,9	6,0	15,7	14,8	8,9	5,1	6,2	5,8
Importe	26,0	8,8	4,3	27,2	24,9	13,6	4,5	4,7	4,0
Bruttoinlandsprodukt	6,6	3,6	5,0	8,2	5,2	3,9	3,4	4,6	5,4

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 415,2	2 411,2	2 441,3	1 190,4	1 224,8	1 189,4	1 221,8	1 204,1	1 237,1
Private Haushalte ²	1 698,5	1 689,9	1 709,9	833,6	864,9	831,6	858,2	840,3	869,5
Staat	715,2	719,8	729,8	355,9	359,3	357,0	362,8	363,0	366,8
Anlageinvestitionen	676,3	677,4	694,3	329,4	346,9	330,5	346,9	335,3	359,0
Ausrüstungen	222,0	227,0	238,1	105,3	116,8	108,7	118,3	113,0	125,2
Bauten	324,7	318,6	320,2	161,9	162,9	158,4	160,2	157,2	163,0
Sonstige Anlageinvestitionen	129,1	133,5	139,8	61,4	67,7	63,3	70,2	66,1	73,7
Inländische Verwendung	3 119,4	3 125,5	3 171,7	1 538,7	1 580,8	1 546,1	1 579,4	1 566,1	1 605,6
Exporte	1 616,2	1 647,6	1 706,4	797,4	818,8	815,2	832,4	843,2	863,2
Importe	1 477,5	1 504,8	1 564,4	721,2	756,3	741,5	763,2	768,7	795,7
Bruttoinlandsprodukt	3 263,2	3 272,0	3 314,3	1 617,0	1 646,2	1 621,8	1 650,2	1 641,2	1 673,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,5	-0,2	1,2	5,8	1,4	-0,1	-0,2	1,2	1,3
Private Haushalte ²	4,4	-0,5	1,2	7,6	1,5	-0,2	-0,8	1,0	1,3
Staat	1,7	0,6	1,4	2,1	1,2	0,3	1,0	1,7	1,1
Anlageinvestitionen	0,5	0,2	2,5	0,2	0,9	0,3	0,0	1,5	3,5
Ausrüstungen	2,9	2,2	4,9	0,8	4,8	3,3	1,3	3,9	5,8
Bauten	-1,2	-1,9	0,5	-0,7	-1,8	-2,2	-1,6	-0,7	1,7
Sonstige Anlageinvestitionen	2,0	3,4	4,7	1,7	2,2	3,1	3,7	4,4	5,0
Inländische Verwendung	3,2	0,2	1,5	4,5	1,9	0,5	-0,1	1,3	1,7
Exporte	2,8	1,9	3,6	2,8	2,7	2,2	1,7	3,4	3,7
Importe	5,9	1,8	4,0	6,8	5,0	2,8	0,9	3,7	4,3
Bruttoinlandsprodukt	1,9	0,3	1,3	2,8	0,9	0,3	0,2	1,2	1,4

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	6,8	4,6	2,5	5,8	7,8	6,1	3,2	2,1	2,9
Konsumausgaben des Staates	4,7	3,3	2,9	5,2	4,1	3,1	3,6	3,6	2,2
Anlageinvestitionen	11,1	4,7	2,5	11,3	11,0	6,7	2,9	2,1	2,8
Ausrüstungen	7,3	3,7	1,7	6,2	8,2	5,2	2,4	1,5	1,9
Bauten	16,1	6,3	3,1	16,8	15,6	9,4	3,4	2,5	3,5
Exporte	12,1	4,9	2,3	12,5	11,8	6,5	3,4	2,6	2,0
Importe	19,0	6,8	0,3	19,1	19,0	10,5	3,5	1,0	-0,3
Bruttoinlandsprodukt	4,7	3,4	3,7	5,2	4,2	3,6	3,1	3,4	4,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ³	2 621,1	2 716,7	2 834,6	1 287,5	1 333,6	1 336,0	1 380,7	1 392,6	1 442,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	360,4	380,6	397,0	174,1	186,3	183,6	197,0	191,5	205,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 663,0	1 750,1	1 839,9	788,8	874,2	831,1	918,9	873,4	966,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	597,7	586,1	597,8	324,6	273,1	321,3	264,7	327,7	270,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	559,3	546,9	604,0	260,1	299,2	250,6	296,3	270,2	333,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 180,4	3 263,6	3 438,6	1 547,6	1 632,8	1 586,6	1 676,9	1 662,9	1 775,8
Abschreibungen	791,7	846,7	873,2	387,4	404,4	421,1	425,6	434,8	438,4
Bruttonationaleinkommen	3 972,1	4 110,3	4 311,8	1 935,0	2 037,1	2 007,7	2 102,5	2 097,7	2 214,1
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 828,9	2 989,8	3 066,3	1 368,9	1 459,9	1 450,0	1 539,8	1 489,3	1 577,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	805,5	859,2	829,4	406,0	399,5	435,3	423,9	424,4	405,0
Arbeitnehmerentgelt	2 023,4	2 130,6	2 236,9	962,9	1 060,5	1 014,7	1 115,9	1 064,9	1 172,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ³	6,3	3,6	4,3	7,6	5,1	3,8	3,5	4,2	4,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,7	5,6	4,3	3,5	4,0	5,4	5,7	4,3	4,3
Bruttolöhne und -gehälter	5,9	5,2	5,1	6,7	5,1	5,4	5,1	5,1	5,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,3	4,9	5,2	4,9	3,9	4,8	4,9	5,1	5,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	9,3	-1,9	2,0	12,2	6,0	-1,0	-3,1	2,0	2,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	0,0	-2,2	10,4	4,1	-3,4	-3,7	-1,0	7,8	12,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	5,2	2,6	5,4	7,0	3,5	2,5	2,7	4,8	5,9
Abschreibungen	12,3	6,9	3,1	12,5	12,1	8,7	5,2	3,2	3,0
Bruttonationaleinkommen	6,5	3,5	4,9	8,1	5,1	3,8	3,2	4,5	5,3
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,1	5,7	2,6	4,0	2,3	5,9	5,5	2,7	2,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-2,4	6,7	-3,5	-0,6	-4,2	7,2	6,1	-2,5	-4,5
Arbeitnehmerentgelt	5,5	5,3	5,0	6,1	4,9	5,4	5,2	4,9	5,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ⁵

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 663,4	1 758,5	1 846,2	790,6	872,8	841,5	917,0	881,7	964,5
Nettolöhne und -gehälter	1 120,8	1 179,7	1 237,4	525,2	595,6	553,7	626,0	580,3	657,1
Monetäre Sozialleistungen	688,7	731,9	768,9	337,7	351,0	363,7	368,1	380,6	388,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	146,2	153,1	160,2	72,4	73,8	75,9	77,1	79,3	81,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	597,7	586,1	597,8	324,6	273,1	321,3	264,7	327,7	270,0
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-108,8	-129,5	-133,2	-58,0	-50,8	-60,1	-69,5	-62,1	-71,1
Verfügbares Einkommen	2 152,3	2 215,0	2 310,7	1 057,2	1 095,1	1 102,7	1 112,3	1 147,3	1 163,4
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,0	59,3	59,6	28,6	30,4	28,8	30,5	28,9	30,6
Konsumausgaben	1 977,6	2 057,7	2 134,7	952,1	1 025,6	1 007,3	1 050,4	1 039,7	1 095,0
Sparen	233,7	216,5	235,6	133,7	99,9	124,2	92,4	136,5	99,1
Sparquote (%) ⁶	10,6	9,5	9,9	12,3	8,9	11,0	8,1	11,6	8,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,3	5,7	5,0	3,0	5,5	6,4	5,1	4,8	5,2
Nettolöhne und -gehälter	5,5	5,2	4,9	6,1	5,0	5,4	5,1	4,8	5,0
Monetäre Sozialleistungen	1,8	6,3	5,1	-2,0	5,7	7,7	4,9	4,6	5,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,7	4,7	4,7	0,7	2,8	4,9	4,5	4,4	5,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	9,3	-1,9	2,0	12,2	6,0	-1,0	-3,1	2,0	2,0
Verfügbares Einkommen	6,0	2,9	4,3	4,8	7,1	4,3	1,6	4,0	4,6
Konsumausgaben	11,5	4,0	3,7	13,8	9,4	5,8	2,4	3,2	4,2
Sparen	-26,1	-7,3	8,8	-33,3	-13,5	-7,1	-7,6	10,0	7,3

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ¹									
a) Mrd.EUR									
Einnahmen									
Steuern	952,6	980,7	1 023,9	467,4	485,1	481,2	499,6	502,4	521,5
Sozialbeiträge	665,9	707,6	745,6	321,7	344,2	342,0	365,5	360,0	385,6
Vermögenseinkommen	16,7	16,2	15,7	9,2	7,5	8,9	7,3	8,6	7,0
Sonstige Transfers	27,0	28,4	29,8	12,0	15,0	12,7	15,7	13,4	16,4
Vermögenstransfers	20,2	21,4	22,7	9,0	11,2	9,6	11,9	10,2	12,5
Verkäufe	143,9	152,6	160,2	66,9	77,0	70,9	81,8	74,2	86,0
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 826,4	1 907,0	1 997,9	886,2	940,2	925,3	981,8	968,8	1 029,1
Ausgaben									
Vorleistungen ¹	594,8	617,9	643,0	287,3	307,5	296,9	321,0	310,0	332,9
Arbeitnehmerentgelt	306,3	318,3	335,0	148,4	157,9	152,1	166,3	162,8	172,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	25,0	31,0	37,0	12,7	12,4	15,7	15,4	18,7	18,4
Subventionen	66,9	149,1	74,4	29,0	37,8	73,4	75,8	48,4	26,1
Monetäre Sozialleistungen	622,0	664,6	701,1	304,4	317,6	330,1	334,5	346,7	354,4
Sonstige laufende Transfers	108,0	96,0	95,4	43,6	64,4	45,7	50,3	44,9	50,4
Vermögenstransfers	67,2	74,0	72,7	23,3	43,9	30,8	43,3	30,1	42,6
Bruttoinvestitionen	103,5	117,7	133,1	44,6	58,9	50,5	67,3	56,3	76,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,7
Insgesamt	1 892,4	2 067,5	2 090,4	892,7	999,7	994,5	1 073,0	1 017,4	1 073,0
Finanzierungssaldo	- 66,0	- 160,4	- 92,5	- 6,5	- 59,5	- 69,2	- 91,2	- 48,6	- 43,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	8,5	3,0	4,4	12,4	5,0	2,9	3,0	4,4	4,4
Sozialbeiträge	5,1	6,3	5,4	5,1	5,1	6,3	6,2	5,2	5,5
Vermögenseinkommen	10,0	- 3,3	- 3,1	12,7	6,9	- 3,1	- 3,6	- 2,9	- 3,3
Sonstige Transfers	- 10,2	5,2	5,0	- 19,3	- 1,3	5,7	4,8	5,4	4,7
Vermögenstransfers	- 0,5	6,0	5,8	6,2	- 5,2	6,7	5,4	6,5	5,3
Verkäufe	6,9	6,1	5,0	8,4	5,6	6,0	6,2	4,7	5,2
Sonstige Subventionen	- 0,7	0,0	0,0	7,3	- 5,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	6,7	4,4	4,8	8,7	4,9	4,4	4,4	4,7	4,8
Ausgaben									
Vorleistungen ¹	6,7	3,9	4,1	8,0	5,5	3,4	4,4	4,4	3,7
Arbeitnehmerentgelt	4,0	3,9	5,2	4,9	3,3	2,4	5,3	7,1	3,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	20,4	24,0	19,3	14,8	26,9	23,7	24,3	19,1	19,5
Subventionen	- 40,1	123,0	- 50,1	- 49,4	- 30,2	152,8	100,2	- 34,1	- 65,6
Monetäre Sozialleistungen	1,8	6,9	5,5	- 2,4	6,2	8,5	5,3	5,0	6,0
Sonstige laufende Transfers	19,4	- 11,1	- 0,7	0,5	36,9	4,8	- 21,8	- 1,7	0,2
Vermögenstransfers	- 1,3	10,2	- 1,8	13,9	- 7,8	32,4	- 1,6	- 2,3	- 1,4
Bruttoinvestitionen	10,9	13,7	13,1	12,1	10,0	13,0	14,2	11,6	14,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	8,1	0,0	0,0	- 6,1	22,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	2,5	9,3	1,1	0,2	4,7	11,4	7,3	2,3	0,0
¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. ³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. ⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. ⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. ⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). ⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. ⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.									

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; Berechnungen und Prognosen des Ifw Kiel.

12. Hauptaggregate der Sektoren

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2022				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	3 470,7	2 355,1	397,9	717,8	-
2 - Abschreibungen	791,7	452,4	99,8	239,6	-
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 679,0	1 902,7	298,1	478,2	- 59,3
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 019,0	1 460,2	306,3	252,5	18,1
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,5	25,2	0,4	9,9	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	48,8	39,3	0,1	9,3	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	673,2	456,5	- 8,5	225,1	- 77,4
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 023,4	-	-	2 023,4	13,8
9 - Geleistete Subventionen	66,9	-	66,9	-	4,9
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	418,4	-	418,4	-	9,9
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	700,9	658,1	25,0	17,8	225,7
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	833,2	426,1	16,7	390,3	93,5
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 180,4	224,6	334,7	2 621,1	- 190,8
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	520,7	125,5	-	395,1	14,1
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	534,2	-	534,2	-	0,6
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	808,7	-	-	808,7	4,5
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	808,9	142,1	665,9	0,9	4,3
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	696,5	73,7	622,0	0,9	0,6
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	688,7	-	-	688,7	8,4
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	419,5	216,6	108,0	95,0	69,6
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	358,1	189,8	27,0	141,3	131,1
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 124,8	140,7	831,9	2 152,3	- 135,3
23 - Konsumausgaben	2 826,1	-	848,4	1 977,6	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,0	-	59,0	-
25 = Sparen	298,8	81,6	- 16,6	233,7	- 135,3
26 - Geleistete Vermögenstransfers	103,2	19,6	67,2	16,4	6,7
27 + Empfangene Vermögenstransfers	93,4	49,4	20,2	23,7	16,5
28 - Bruttoinvestitionen	955,2	561,0	103,5	290,6	-
29 + Abschreibungen	791,7	452,4	99,8	239,6	-
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	10,2	10,7	- 1,3	0,8	- 10,2
31 = Finanzierungssaldo	115,3	- 7,9	- 66,0	189,2	- 115,3
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 124,8	140,7	831,9	2 152,3	- 135,3
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	543,4	-	543,4	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	543,4	-	-	543,4	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 124,8	140,7	288,5	2 695,7	- 135,3
38 - Konsum 2)	2 826,1	-	305,1	2 521,0	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,0	-	59,0	-
40 = Sparen	298,8	81,6	- 16,6	233,7	- 135,3

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*.

Hauptaggregate der Sektoren
 Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2023				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 695,7	2 534,4	417,6	743,7	-
2 -	Abschreibungen	846,7	482,6	107,9	256,2	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 849,0	2 051,8	309,7	487,5	- 28,7
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 126,3	1 544,1	318,3	263,8	19,1
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	37,8	26,9	0,4	10,6	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	44,1	35,5	0,1	8,4	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	728,9	516,3	- 8,9	221,5	- 47,9
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 130,6	-	-	2 130,6	14,8
9 -	Geleistete Subventionen	149,1	-	149,1	-	4,9
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	422,9	-	422,9	-	9,9
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	690,6	641,6	31,0	18,0	222,4
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	820,9	422,2	16,2	382,5	92,1
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 263,6	296,9	250,0	2 716,7	- 158,3
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	543,8	132,5	-	411,2	14,7
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	557,9	-	557,9	-	0,6
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	854,5	-	-	854,5	4,6
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	854,8	146,4	707,6	0,9	4,3
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	741,3	75,9	664,6	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	731,9	-	-	731,9	10,1
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	414,6	222,0	96,0	96,6	72,2
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	352,4	195,2	28,4	128,8	134,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 206,3	208,1	783,2	2 215,0	- 101,0
23 -	Konsumausgaben	2 940,2	-	882,5	2 057,7	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,3	-	59,3	-
25 =	Sparen	266,1	148,8	- 99,3	216,5	- 101,0
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	111,8	20,6	74,0	17,2	6,3
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	100,8	54,5	21,4	24,9	17,3
28 -	Bruttoinvestitionen	1 011,8	593,7	117,7	300,3	-
29 +	Abschreibungen	846,7	482,6	107,9	256,2	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	4,8	5,4	- 1,3	0,8	- 4,8
31 =	Finanzierungssaldo	85,2	66,3	- 160,4	179,3	- 85,2
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 206,3	208,1	783,2	2 215,0	- 101,0
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	573,2	-	573,2	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	573,2	-	-	573,2	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 206,3	208,1	210,0	2 788,2	- 101,0
38 -	Konsum 3)	2 940,2	-	309,3	2 630,9	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,3	-	59,3	-
40 =	Sparen	266,1	148,8	- 99,3	216,5	- 101,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2024				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung		3 804,8	2 599,8	438,3	766,7	-
2 - Abschreibungen		873,2	496,6	112,4	264,2	-
3 = Nettowertschöpfung 1)		2 931,6	2 103,2	325,9	502,5	- 64,8
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte		2 232,5	1 623,2	335,0	274,4	20,1
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben		41,1	29,2	0,4	11,5	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen		39,3	31,7	0,1	7,4	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen		697,2	482,6	- 9,3	223,9	- 84,9
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte		2 236,9	-	-	2 236,9	15,7
9 - Geleistete Subventionen		74,4	-	74,4	-	4,9
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben		446,8	-	446,8	-	10,3
11 - Geleistete Vermögenseinkommen		716,2	660,9	37,0	18,2	233,5
12 + Empfangene Vermögenseinkommen		848,3	440,6	15,7	392,1	101,3
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)		3 438,6	262,3	341,7	2 834,6	- 195,9
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern		562,6	133,7	-	429,0	15,1
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern		577,1	-	577,1	-	0,6
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)		895,8	-	-	895,8	4,7
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)		896,3	149,9	745,6	0,9	4,2
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen		779,7	77,7	701,1	0,9	0,6
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen		768,9	-	-	768,9	11,3
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers		424,8	230,9	95,4	98,6	74,8
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers		361,9	201,5	29,8	130,5	137,7
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)		3 379,9	171,5	897,7	2 310,7	- 137,1
23 - Konsumausgaben		3 055,4	-	920,7	2 134,7	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche		-	- 59,6	-	59,6	-
25 = Sparen		324,5	111,9	- 23,0	235,6	- 137,1
26 - Geleistete Vermögenstransfers		112,4	21,6	72,7	18,1	6,5
27 + Empfangene Vermögenstransfers		101,2	53,4	22,7	25,1	17,7
28 - Bruttoinvestitionen		1 060,5	618,2	133,1	309,2	-
29 + Abschreibungen		873,2	496,6	112,4	264,2	-
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern		2,1	2,7	- 1,3	0,8	- 2,1
31 = Finanzierungssaldo		123,8	19,4	- 92,5	196,9	- 123,8
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)		3 379,9	171,5	897,7	2 310,7	- 137,1
35 - Geleistete soziale Sachtransfers		595,0	-	595,0	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers		595,0	-	-	595,0	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)		3 379,9	171,5	302,7	2 905,8	- 137,1
38 - Konsum 2)		3 055,4	-	325,7	2 729,7	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche		-	- 59,6	-	59,6	-
40 = Sparen		324,5	111,9	- 23,0	235,6	- 137,1

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Literatur

- Amman, I., und A. M. Müther (2022). Wohneigentumsbildung und Wohnflächenverbrauch. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. BBSR-Analysen KOMPAKT 14/2022.
- Banerjee, R., and B. Hofmann (2022). Corporate zombies: anatomy and life cycle, Economic Policy.
- BDEW - Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (2022). [Monatlicher Stromverbrauch in Deutschland](#). Via Internet (13. Dezember 2022).
- Beckmann, J. und N. Jannsen (2021). [Bedeutung von Lieferengpässen für die laufende Produktion in Deutschland](#). IfW-Box 2021.09.
- Borio, C. (2014). The financial cycle and macroeconomics: what have we learnt? Journal of Banking and Finance 45 (August): 182–98.
- Boysen-Hogrefe J., K.-J. Gern, D. Groll, T. Hoffmann, N. Jannsen, S. Kooths, S. Meuchelböck, J. Reents, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2022). [Energieknappheit lastet auf Produktionspotenzial](#). Mittelfristprojektion für Deutschland im Herbst 2022. Kieler Konjunkturberichte Nr. 96.
- Boysen-Hogrefe, J., N. Jannsen and C.-P. Meier (2016). A Note on Banking and Housing Crises and the Strength of Recoveries. Macroeconomic Dynamics 20: 1924–1933.
- Bundesnetzagentur (2022). [Aktuelle Lage Gasversorgung](#). Via Internet (13. Dezember 2022).
- Destatis (2022). [Dashboard Deutschland – Stromverbrauch](#). Via Internet (13. Dezember 2022).
- Deutsche Bundesbank (2022a). [Monatsbericht](#). November 2022.
- Deutsche Bundesbank (2022b). [Zahlungsbilanzstatistik](#). Via Internet (13. Dezember 2022).
- Destatis (2022). [Dashboard Deutschland – Stromverbrauch](#). Via Internet (13. Dezember 2022).
- Drehmann, M., C. Borio and K. Tsatsaronis (2012). Characterising the financial cycle: don't lose sight of the medium term!. BIS Working Paper 380.
- Europace (2022). [Hauspreisindex EPX](#). Via Internet (13. Dezember 2022).
- Gern, K.-J., S. Kooths, J. Reents, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2022). Wenig Auftrieb, viel Gegenwind. Weltwirtschaft im Winter 2022. Kieler Konjunkturberichte Nr. 97.
- Hauber, P. (2018). [Zur Kurzfristprognose mit Faktormodellen und Prognoseanpassungen](#). IfW-Box 2018.5.
- Held, T., und M. Waltersbacher (2015). Wohnungsmarktprognose 2030. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. BBSR-Analysen KOMPAKT 07/2015.
- Interhyp (2022). [Zinsentwicklung und aktuelle Bauzinsen](#). Via Internet (13. Dezember 2022).
- Jannsen N. und N. Sonnenberg (2022). [Gas- und Strompreise](#). Wirtschaftsdienst, Heft 11, S. 907-908.
- Jorda, O., M. Schularick, and A.M. Taylor (2013). When Credit Bites Back. Journal of Money, Credit and Banking, Supplement to Vol. 45 (2): 3-28.
- Kiel Trade Indicator (2022). [Datenupdate](#) 6. Dezember 2022.
- Kooths, S. (2022). [Strategie statt Subventionen](#). ifo Schnelldienst, November 2022:24-27.
- Open Energy Tracker (2022). [Aktueller Erdgasverbrauch](#). Via Internet (13. Dezember 2022).
- Sonnenberg N. (2022). [Zum Einfluss der jüngsten Gas- und Strompreisanstiege auf die Verbraucherpreise](#). Kiel Insight, 2022.07.